

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2021/200528]

25. JANUAR 2021 — Dekret zur Abänderung des Gemeindedekrets vom 23. April 2018

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

Artikel 1 - Das vorliegende Dekret dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2011/85/EU des Rates vom 8. November 2011 über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten.

Art. 2 - Artikel 2 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 8 wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 9 wird eingefügt:

“9. wirtschaftliche Klassifizierung: einheitliche Klassifizierung der Haushaltseinnahmen und -ausgaben im Rahmen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen;”

3. Folgende Nummer 10 wird eingefügt:

“10. funktionelle Klassifizierung: internationale Klassifizierung der Staatsausgaben nach Aufgabenbereichen.”

Art. 3 - Artikel 28 § 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

“Dem jeweiligen Entwurf ist die in Artikel 166 Absatz 3 bzw. Artikel 170 § 5 erwähnte Allgemeine Rechtfertigungserklärung mit einer allgemeinen Übersicht beigefügt.”

2. Absatz 4 wird aufgehoben.

3. Absatz 5 wird aufgehoben.

4. In Absatz 7, der zum Absatz 5 wird, wird die Wortfolge “des Berichts” durch die Wortfolge “der Allgemeinen Rechtfertigungserklärung” ersetzt.

Art. 4 - Artikel 60 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 10 wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt.

2. In Absatz 1 wird folgende Nummer 11 eingefügt:

“11. die Ausübung der Funktion des Anweisungsbefugten gemäß Artikel 164.9.”

3. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

“Das Kollegium teilt im Laufe des Monats, der dem Ende eines jeden Trimesters folgt, der Regierung die Haushalts- und Buchhaltungsdaten mit. Die Regierung legt den Inhalt und die Modalitäten dieser Mitteilung fest.”

Art. 5 - In Titel 2 Kapitel 2 Abschnitt 6 desselben Dekrets wird folgender Artikel 60.1 eingefügt:

“Art. 60.1 - Kommunalen Haushalts- und Finanzrat

Das Kollegium verabschiedet den Entwurf des Haushaltsplans, nachdem es die Stellungnahme des kommunalen Haushalts- und Finanzrats eingeholt hat, in dem mindestens ein dazu bestimmtes Mitglied des Kollegiums, der Generaldirektor und der Finanzdirektor tagen. Diese Mitglieder des kommunalen Haushalts- und Finanzrats geben ihre Stellungnahme über die Gesetzmäßigkeit und die vorhersehbaren finanziellen Folgen des Haushaltsplanentwurfs ab, einschließlich der Prognose der Auswirkung der bedeutsamen Investitionen auf den Haushalt über mehrere Rechnungsjahre. Im schriftlichen Bericht des kommunalen Haushalts- und Finanzrats muss die Stellungnahme jedes seiner Mitglieder, so wie sie während der Versammlung erörtert worden ist, deutlich ersichtlich sein, auch wenn die Stellungnahme in einem Bericht dargelegt wird. Dieser Bericht wird dem dem Rat vorgelegten Haushaltsplanentwurf und dem der Regierung zur Billigung vorgelegten Haushaltsplan beigefügt.

Dieses Verfahren wird ebenfalls auf alle späteren Abänderungen des Haushaltsplans angewandt.

Die Stellungnahme jedes der Mitglieder des kommunalen Haushalts- und Finanzrats wird im Bericht deutlich aufgenommen, wenn abweichende Ansichten zum Vorschein kommen. Bei Nichtvorhandensein der Stellungnahme des kommunalen Haushalts- und Finanzrats kann der Rat dem Haushaltsplan oder der betroffenen Abänderung des Haushaltsplans nicht zustimmen.

Der schriftliche Bericht des kommunalen Haushalts- und Finanzrates wird gemäß dem von der Regierung festgelegten Muster erstellt.”

Art. 6 - In Artikel 61 desselben Dekrets wird folgender Absatz 4 eingefügt:

“Das Kollegium kann die Zahlungsanweisungsbefugnis gemäß Artikel 164.9 Absatz 1 übertragen.”

Art. 7 - In Artikel 71 desselben Dekrets wird folgender Absatz 3 eingefügt:

“Alle Protokolle des Rates und des Kollegiums werden unverzüglich dem Finanzdirektor notifiziert.”

Art. 8 - Artikel 98 § 4 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

“Unbeschadet von Artikel 167.2 ist der Generaldirektor mit der Errichtung und der Überwachung eines internen Controlling-Systems beauftragt.”

Art. 9 - Artikel 102 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:

“Darüber hinaus übt er die Funktion des Rechnungspflichtigen gemäß Artikel 164.11 aus.”

2. In § 2 Nummer 2 Buchstabe *b*) wird das Wort “oder” am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

3. § 2 Nummer 2 Buchstabe *c*) wird aufgehoben.

Art. 10 - Artikel 106 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird aufgehoben.

2. In Absatz 2, der zum einzigen Absatz wird, wird das Wort "Diese" durch die Wortfolge "Die in Artikel 164.12 Absatz 1 erwähnten" ersetzt.

Art. 11 - Artikel 107 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "den Rechenschaftspflichtigen" durch die Wortfolge "je nach Fall den Finanzdirektor bzw. den Sonderbediensteten" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge "dem Rechenschaftspflichtigen" durch die Wortfolge "dem Finanzdirektor bzw. dem Sonderbediensteten" ersetzt.

3. In § 3 wird die Wortfolge "der Rechenschaftspflichtige" durch die Wortfolge "der Finanzdirektor bzw. der Sonderbedienstete" ersetzt.

Art. 12 - In Artikel 119 Absatz 2 desselben Dekrets wird das Wort "Rechenschaftspflichtigen" durch das Wort "Rechnungspflichtigen" ersetzt.

Art. 13 - Artikel 151 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. § 2 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Der Rat kann dem Generaldirektor die in § 1 erwähnten Befugnisse für Verpflichtungsermächtigungen im Rahmen des Haushalts bis zu 10.000 Euro übertragen."

2. In § 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

"Im Fall einer in § 2 Absatz 2 erwähnten Delegation der Befugnisse des Rates an den Generaldirektor werden die in dem vorliegenden Paragraphen erwähnten Befugnisse des Kollegiums durch den Generaldirektor ausgeübt."

Art. 14 - In Artikel 152 Absatz 1 desselben Dekrets wird folgender Satz 2 eingefügt:

"Die Mittel der Regien sind getrennt von der Gemeindekasse zu verwalten."

Art. 15 - Artikel 153 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Art. 153 - Rechnungspflichtiger

Einnahmen und Ausgaben der Gemeinderegien dürfen von einem besonderen Rechnungspflichtigen getätigt werden. Für diesen Rechnungspflichtigen gelten dieselben Regeln wie für die Finanzdirektoren, was Ernennung, Disziplinarstrafen und Verantwortung angeht."

Art. 16 - Die Überschrift von Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 1 desselben Dekrets, der die Artikel 163 bis 163.10 umfasst, wird wie folgt ersetzt:

"Abschnitt 1 - Allgemeine Haushaltsbestimmungen"

Art. 17 - Artikel 163 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Art. 163 - Haushaltsfeststellung

Der Haushalt einer Gemeinde für das kommende Jahr wird vor Beginn des Haushaltsjahrs zu dem von der Regierung festgelegten Datum durch den Rat verabschiedet und anschließend gemäß den Bestimmungen des Dekrets vom 20. Dezember 2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets durch die Regierung gebilligt."

Art. 18 - In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 163.1 eingefügt:

"Art. 163.1 - Bedeutung und Wirkung des Haushalts

Der Haushalt dient der Feststellung und Deckung des Finanzbedarfs, der zur Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde im Bewilligungszeitraum voraussichtlich notwendig ist. Er ist Grundlage für die Haushalts- und Wirtschaftsführung.

Der Haushalt ermächtigt die Gemeinde, Verpflichtungen einzugehen und Ausgaben zu leisten.

Durch den Haushalt werden Ansprüche oder Verbindlichkeiten weder begründet noch aufgehoben."

Art. 19 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 163.2 eingefügt:

"Art. 163.2 - Jährlichkeit

Die im Haushalt ausgewiesenen Mittel werden für ein Haushaltsjahr bewilligt. Das Haushaltsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember desselben Jahres."

Art. 20 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 163.3 eingefügt:

"Art. 163.3 - Gesamtdeckung

Alle Einnahmen dienen als Deckungsmittel für alle Ausgaben.

Einnahmen dürfen auf die Verwendung für bestimmte Zwecke beschränkt werden, soweit dies durch Gesetz oder Dekret vorgesehen ist."

Art. 21 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 163.4 eingefügt:

"Art. 163.4 - Haushaltswahrheit

Bei der Aufstellung des Haushalts sind nur die Einnahmen einzustellen, die voraussichtlich eingehen, und nur die Verpflichtungsermächtigungen und Ausgabeermächtigungen vorzusehen, die zur Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde notwendig sind."

Art. 22 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 163.5 eingefügt:

"Art. 163.5 - Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit

Bei Aufstellung und Ausführung des Haushalts sind die Grundsätze der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit zu beachten. Für alle finanzwirksamen Maßnahmen sind angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen."

Art. 23 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 163.6 eingefügt:

"Art. 163.6 - Vollständigkeit und Einheit

Für jedes Haushaltsjahr ist ein Haushalt festzulegen.

Der Haushalt enthält alle im Haushaltsjahr zu erwartenden Einnahmen, voraussichtlich benötigten Verpflichtungsermächtigungen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben.

Der Haushalt genehmigt alle Verpflichtungen und Ausgaben zugunsten Dritter."

Art. 24 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 163.7 eingefügt:

"Art. 163.7 - Bruttoveranschlagung

Die Einnahmen und Ausgaben sind in voller Höhe und getrennt voneinander zu veranschlagen.

In Abweichung von Absatz 1 kann die Regierung Ausnahmen zum Prinzip der Bruttoveranschlagung zulassen, insbesondere für Nebenkosten und Nebenerlöse bei Erwerbs- oder Veräußerungsgeschäften. In diesen Fällen ist die Berechnung des veranschlagten Betrags in die Erläuterungen zum Haushalt aufzunehmen."

Art. 25 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 163.8 eingefügt:

"Art. 163.8 - Einzelveranschlagung

Die Einnahmen sind nach dem Entstehungsgrund und die Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen nach Zwecken getrennt zu veranschlagen."

Art. 26 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 163.9 eingefügt:

"Art. 163.9 - Einnahmen

Die Schätzung der Einnahmen betrifft die während des Haushaltsjahres zugunsten der Gemeinde festzustellenden Rechte, die zweckbestimmten Einnahmen gegebenenfalls inbegriffen."

Art. 27 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 163.10 eingefügt:

"Art. 163.10 - Ausgaben

Die Genehmigung der Ausgaben betrifft:

1. die Verpflichtungsermächtigungen: In dieser Höhe können Mittel gebunden werden für Verpflichtungen, die im Laufe des Haushaltsjahres eingegangen werden. Im Fall von wiederkehrenden Verpflichtungen, die Auswirkungen auf mehrere Jahre haben, werden nur die während des Haushaltsjahres fälligen Beträge gebunden;

2. die Ausgabeermächtigungen: In dieser Höhe können Ausgaben festgestellt werden, um Verpflichtungen nachzukommen, die im laufenden Jahr oder in Vorjahren eingegangen wurden."

Art. 28 - Die Überschrift von Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 2 desselben Dekrets, der die Artikel 164 bis 164.12 umfasst, wird wie folgt ersetzt:

"Abschnitt 2 - Ausführung des Haushaltsplans und Haushaltsbuchhaltung"

Art. 29 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Unterabschnitt 1, der die Artikel 164 bis 164.3 umfasst, eingefügt:

"Unterabschnitt 1 - Allgemeine Bestimmungen"

Art. 30 - Artikel 164 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Art. 164 - Festgestelltes Recht

Ein Recht gilt als festgestellt, wenn:

1. der Betrag genau bestimmt ist;
2. die Identität des Schuldners oder des Gläubigers bekannt ist;
3. die Zahlungsverpflichtung besteht und
4. ein Beleg vorliegt."

Art. 31 - In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.1 eingefügt:

"Art. 164.1 - Anrechnung der Einnahmen und Ausgaben

Werden dem Haushalt eines bestimmten Jahres angerechnet:

1. als Einnahmen: die während des Haushaltsjahres festgestellten Rechte, einschließlich der Rechte bezüglich der zweckbestimmten Einnahmen;

2. als Ausgaben zulasten der Verpflichtungsermächtigungen: die gebundenen Mittel aufgrund der im Haushaltsjahr entstandenen oder eingegangenen Verpflichtungen sowie bei wiederkehrenden Verpflichtungen die während des Haushaltsjahres fälligen Beträge;

3. als Ausgaben zulasten der Ausgabeermächtigungen: die während des Haushaltsjahres als zahlbar festgestellten Ausgaben.

Der Rat trägt jährlich alle gesetzlich oder dekretal vorgeschriebenen Ausgaben der Gemeinde in die Ausgabenseite des Haushaltsplans ein. Dazu gehören insbesondere:

1. die Unterstützungsgelder, die den Kirchenfabriken und den mit der Verwaltung der weltlichen Güter der anerkannten Kulte beauftragten Einrichtungen gemäß den diesbezüglich geltenden Bestimmungen gewährt werden, wenn diese Einrichtungen nicht über ausreichende Mittel verfügen;

2. das den Dienern der Kulte bewilligte Wohnungsgeld, wenn ihnen die Wohnung nicht zur Verfügung gestellt wird;

3. die Dotationen und sonstigen Ausgaben für die ÖSHZ, die Polizeizonen und die Hilfeleistungszonen, die in den diesbezüglich geltenden Bestimmungen vorgesehen sind.

Betrifft eine der obligatorischen Ausgaben mehrere Gemeinden, beteiligen sich alle im Verhältnis zum Interesse, das sie daran haben. Bei Weigerung oder Uneinigkeit entscheidet die Regierung."

Art. 32 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.2 eingefügt:

"Art. 164.2 - Ständige Überprüfung

Die Haushaltsbuchhaltung wird so geführt, dass eine ständige Überprüfung der Ausführung der Haushaltspläne möglich ist."

Art. 33 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.3 eingefügt:

"Art. 164.3 - Haushaltsausführungsrechnung

Die Haushaltsausführungsrechnung besteht aus Tabellen, die genau wie die Haushaltspläne unterteilt sind. Neben den Schätzungen bzw. den Ermächtigungen werden die gemäß Artikel 164.1 getätigten Haushaltsbuchungen aufgelistet."

Art. 34 - In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 2 desselben Dekrets wird folgender Unterabschnitt 2, der die Artikel 164.4 bis 164.7 umfasst, eingefügt:

"Unterabschnitt 2 - Verwendung der Haushaltsmittel"

Art. 34 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.4 eingefügt:

"Art. 164.4 - Erhebung der Einnahmen und Leistung der Ausgaben

Einnahmen sind rechtzeitig und vollständig zu erheben.

Ausgaben werden nur so weit und nicht eher geleistet, als sie zur wirtschaftlichen Verwaltung erforderlich sind. Die Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen sind so zu bewirtschaften, dass sie zur Deckung aller Ausgaben ausreichen, die unter die im Haushalt angegebene Zweckbestimmung fallen.

Die Verwendung der genehmigten Haushaltsmittel erfolgt in Anwendung der Gesetze und Dekrete, ihrer Ausführungserlasse sowie der Beschlüsse zur Aufgabendelegation."

Art. 35 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.5 eingefügt:

"Art. 164.5 - Sachliche und zeitliche Bindung

Ausgabe- und Verpflichtungsermächtigungen werden nur zu dem im Ausgabenhaushaltsplan bezeichneten Zweck und nur bis zum Ende des betreffenden Haushaltsjahres in Anspruch genommen."

Art. 36 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.6 eingefügt:

"Art. 164.6 - Gesetzliche und haushaltsmäßige Verpflichtung

Die Zustimmung zu entgeltlichen Verträgen und Übereinkünften sowie zu Beschlüssen zur Gewährung von Zuschüssen oder anderen entgeltlichen einseitigen Verpflichtungen wird erst bekannt gegeben, wenn der entsprechende Betrag auf die dafür vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen gebucht wurde. Erst die entsprechende gesetzliche Verpflichtung, die die genauen Bedingungen festlegt, eröffnet Dritten ein Recht gegenüber der Gemeinde.

Wenn der Betrag der gesetzlichen Verpflichtung von dem der haushaltsmäßigen Verpflichtung abweicht, muss letzterer im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel entsprechend angepasst werden.

Wenn eine haushaltsmäßige Verpflichtung nicht durch eine gesetzliche Verpflichtung bestätigt ist, verfällt sie spätestens am Ende des Haushaltsjahres.

Andere als die unter Absatz 1 aufgeführten Ausgaben können nur auf Grundlage von Beweisstücken, die die Existenz und die genauen Bedingungen der Verpflichtung rechtfertigen, auf die dafür vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen gebucht werden."

Art. 37 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.7 eingefügt:

"Art. 164.7 - Verpflichtungen zulasten des kommenden Haushalts

Ab dem 1. November dürfen die für den Weiterbetrieb der Gemeinde erforderlichen Verpflichtungen zulasten der Verpflichtungsermächtigungen des darauf folgenden Haushaltsjahres im Rahmen der verabschiedeten Haushaltsmittel der entsprechenden Ausgaben des laufenden Jahres getätigt werden. Diese Verpflichtungen sehen vor, dass vor Beginn des Haushaltsjahres weder Waren geliefert noch Dienstleistungen erbracht werden dürfen."

Art. 38 - In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 2 desselben Dekrets wird folgender Unterabschnitt 3, der die Artikel 164.8 bis 164.12 umfasst, eingefügt:

"Unterabschnitt 3 - Finanzakteure"

Art. 39 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.8 eingefügt:

"Art. 164.8 - Grundsatz der Aufgabentrennung

Anweisung und Rechnungsführung sind getrennte Funktionen und nicht miteinander vereinbar."

Art. 40 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.9 eingefügt:

"Art. 164.9 - Anweisungsbefugter

Unbeschadet der Anwendung des Artikels 151 legt das Kollegium in seiner Funktion als Anweisungsbefugter fest, welchen Bediensteten es die Anweisungsbefugnis überträgt und welches der Umfang der übertragenen Befugnisse ist. Außerdem kann es darin die Möglichkeit vorsehen, die Anweisungsbefugnis weiter zu übertragen.

Die Anweisungsbefugnis kann nur Personen übertragen oder weiter übertragen werden, auf die das Dienstrecht oder die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der betreffenden Gemeinde Anwendung finden.

Die bevollmächtigten oder nachgeordnet bevollmächtigten Anweisungsbefugten werden nur in den mit der Übertragungs- oder Weiterübertragungsverfügung vorgegebenen Grenzen tätig. Der zuständige bevollmächtigte oder nachgeordnet bevollmächtigte Anweisungsbefugte kann dabei von einem oder mehreren Bediensteten unterstützt werden, deren Aufgabe es ist, unter der Verantwortung des Ersteren bestimmte für die Ausführung des Haushaltsplans und die Rechnungslegung erforderliche Operationen durchzuführen."

Art. 41 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.10 eingefügt:

"Art. 164.10 - Aufgaben der Anweisungsbefugten

§ 1 - Dem Anweisungsbefugten obliegt es, die Einnahmen und Ausgaben nach den Grundsätzen der Haushaltsführung auszuführen sowie deren Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit zu gewährleisten.

§ 2 - Zur Ausführung der Ausgaben nimmt der Anweisungsbefugte Mittelbindungen vor, geht rechtliche Verpflichtungen ein, stellt Ausgaben fest und erteilt die entsprechenden Zahlungsanweisungen.

§ 3 - Die Mittelbindung besteht darin, zulasten der Verpflichtungsermächtigungen die Mittel vorzumerken, die erforderlich sind, um Zahlungen, die sich aus einer rechtlichen Verpflichtung ergeben, zu einem späteren Zeitpunkt leisten zu können.

Der Anweisungsbefugte, der eine Mittelbindung vornimmt, überzeugt sich von der Richtigkeit der haushaltsmäßigen Zuordnung, der Verfügbarkeit der Mittel, der Ordnungsmäßigkeit und Übereinstimmung der Ausgabe mit den geltenden Rechtsvorschriften und dem Haushalt sowie der Einhaltung der Grundsätze der Haushaltsführung.

§ 4 - Die Feststellung einer Ausgabe ist die Handlung, durch die der Anweisungsbefugte den Anspruch des Zahlungsempfängers, das Bestehen und die Höhe der Forderung und die Fälligkeit der Forderung prüft.

§ 5 - Die Anweisung der Ausgaben ist die Handlung, mit der der Anweisungsbefugte, nachdem er sich von der Verfügbarkeit der Mittel überzeugt hat, durch Ausstellung einer Zahlungsanweisung den Rechnungspflichtigen anweist, den Betrag der von ihm festgestellten Ausgabe auszuführen.

Die vom Anweisungsbefugten erteilten und auf die Gemeindegasse lautenden Zahlungsanweisungen werden vom Bürgermeister oder seinem Stellvertreter unterschrieben sowie vom Generaldirektor gegengezeichnet.

§ 6 - In folgenden Fällen kann der Anweisungsbefugte gleichzeitig eine Mittelbindung vornehmen und die entsprechende Ausgabe feststellen:

1. wenn es sich um eine feste Ausgabe wie Gehalt oder Sozialabgaben handelt;
2. wenn die Ausgabe einen Betrag, den die Regierung festlegt, nicht überschreitet.

§ 7 - Die Ausführung der Einnahmen umfasst die Feststellung der Forderungen und die Erteilung der Einziehungsanweisung. Außerdem umfasst sie gegebenenfalls den Verzicht auf festgestellte Forderungen.

§ 8 - Die Feststellung einer Forderung ist die Handlung, durch die der Anweisungsbefugte das Vorliegen der Verbindlichkeiten des Schuldners überprüft, das Bestehen und die Höhe der Schuld bestimmt oder überprüft und die Fälligkeit der Schuld prüft.

Nach Feststellung einer Forderung erteilt der Anweisungsbefugte dem Rechnungspflichtigen eine Einziehungsanordnung und setzt den Schuldner in Kenntnis über den zu zahlenden Betrag, die Art der Schuldforderung, ihre haushaltsmäßige Anrechnung sowie die Zahlungsmodalitäten und die Zahlungsfrist."

Art. 42 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.11 eingefügt:

"Art. 164.11 - Rechnungspflichtiger

§ 1 - In seiner Funktion als Rechnungspflichtiger nimmt der Finanzdirektor der Gemeinde folgende Aufgaben wahr:

1. Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der Zahlungen, der Annahme der Einnahmen und der Einziehung der festgestellten Forderungen;
2. Erstellung und Vorlage der Rechnungen gemäß den Bestimmungen von Abschnitt 4 des vorliegenden Kapitels;
3. Rechnungsführung gemäß den Bestimmungen von Abschnitt 4 des vorliegenden Kapitels;
4. Festlegung der Regeln und Methoden der Rechnungsführung und des Kontenplans gemäß den Bestimmungen von Abschnitt 4 des vorliegenden Kapitels;
5. Festlegung und Validierung der Rechnungsführungssysteme und gegebenenfalls Validierung der vom Anweisungsbefugten definierten Systeme, die zur Produktion oder Begründung von Rechnungsführungsdaten verwendet werden sollen;
6. Kassenführung.

§ 2 - Der Rechnungspflichtige erhält von den Anweisungsbefugten alle von diesen als zuverlässig garantierten Informationen, die für die Erstellung von Rechnungen erforderlich sind, die das Vermögen der Gemeinde und den Haushaltsvollzug wahrheitsgetreu abbilden.

§ 3 - In Abweichung von Artikel 164.8 stellt der Rechnungspflichtige bei unmittelbaren Einnahmen die Forderung fest.

§ 4 - Vorbehaltlich der in Artikel 164.12 vorgesehenen Ausnahmeregelung ist allein der Rechnungspflichtige ermächtigt, Barmittel und Werte zu handhaben. Er ist für ihre Verwahrung verantwortlich.

§ 5 - Der Rechnungspflichtige kann in Ausübung seines Amtes ihm unterstehenden Mitarbeitern bestimmte Aufgaben übertragen."

Art. 43 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.12 eingefügt:

"Art. 164.12 - Zahlstellenverwalter

Der Rechnungspflichtige kann Personalmitglieder der Gemeinde mit der Zahlung und der Verpflichtung kleinerer Ausgaben und der Einziehung von Bareinnahmen beauftragen.

Für Zahlungen in geringer Höhe, deren Höchstbetrag vom Rechnungspflichtigen festgelegt wird, und für die Annahme von anderen Einnahmen als Eigenmitteln können Zahlstellen eingerichtet werden, für die der Rechnungspflichtige Mittel bereitstellt. Diese Zahlstellen unterstehen den vom Rechnungspflichtigen benannten Zahlstellenverwaltern.

Der Zahlstellenverwalter führt ein Kassenbuch.“

Art. 44 - In Titel 4 Kapitel 4 desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 3, der die Artikel 165 bis 165.6 umfasst, eingefügt:

“Abschnitt 3 - Allgemeine Buchhaltung“

Art. 45 - Artikel 165 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

Art. 46 - Buchführung

Die Gemeinden führen eine allgemeine Buchhaltung. Die allgemeine Buchhaltung umfasst eine Finanzbuchhaltung und eine Kosten- und Leistungsrechnung.“

Art. 47 - In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 3 desselben Dekrets wird folgender Artikel 165.1 eingefügt:

“Art. 165.1 - Finanzbuchhaltung

§ 1 - Die Finanzbuchhaltung basiert auf dem Prinzip der doppelten Buchhaltung und liefert ein getreues Bild der finanziellen und vermögensrechtlichen Situation sowie des Ergebnisses der Gemeinde. Zu diesem Zweck registriert sie das Vermögen, die Rechte, die Verbindlichkeiten und die Verpflichtungen der Gemeinde.

Die Regierung legt die Buchführungsregeln und -methoden sowie den einheitlichen Kontenplan fest, der von allen Gemeinden anzuwenden ist. Der Kontenplan ist in Bilanzklassen unterteilt.

§ 2 - Das Rechnungsjahr läuft vom 1. Januar bis zum 31. Dezember desselben Jahres.

§ 3 - Jede Verrichtung wird auf Grundlage eines datierten Beweisstückes unmittelbar in die Bücher und Konten der allgemeinen Buchhaltung eingetragen, getreu, vollständig und chronologisch geordnet. Sie wird dem Rechnungsjahr zugeordnet, in dem die Rechte festgestellt werden. Die Eintragung in die allgemeine Buchhaltung erfolgt zeitgleich mit der unter Artikel 164.1 angeführten Haushaltsbuchhaltung.

§ 4 - Die Bücher und die Kontenführung gewährleisten die Kontinuität sowie die Rechtmäßigkeit und die Unwiderruflichkeit der Eintragungen.

Alle Beweisbelege werden methodisch klassiert und aufbewahrt. Die Regierung legt die Modalitäten und die Fristen der Aufbewahrung der Bücher und der Belege fest.

Der für die Aufbewahrung der Bücher und der Beweisstücke verwendete Datenträger muss die Unwiderruflichkeit sowie die Zugänglichkeit der Daten während der vorgeschriebenen Aufbewahrungsfrist sicherstellen.

§ 5 - Die Regierung legt fest, auf welchen elektronischen Datenverarbeitungssystemen die Buchhaltung der Gemeinden erfolgt.“

Art. 48 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 165.2 eingefügt:

“Art. 165.2 - Nachverfolgung der Kassenbewegungen

Die allgemeine Buchhaltung erlaubt eine ständige Nachverfolgung der Kassenbewegungen und die Erstellung von periodischen Kassenlagen.“

Art. 49 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 165.3 eingefügt:

“Art. 165.3 - Kosten- und Leistungsrechnung

Die allgemeine Buchhaltung beinhaltet eine Kosten- und Leistungsrechnung, die es erlaubt, alle zur Geschäftsführung zweckdienlichen Informationen zu liefern, insbesondere die Kosten der Dienstleistungen zu ermitteln.“

Art. 50 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 165.4 eingefügt:

“Art. 165.4 - Inventar

Jedes Jahr wird zum 31. Dezember ein vollständiges Inventar aller Bestandteile des Vermögens der Gemeinde erstellt. Es beinhaltet alle Besitztümer und Rechte aller Art sowie die Schulden und Verpflichtungen aller Art. Dieses Inventar ist auf dieselbe Weise wie die Bilanzklassen des unter Artikel 165.1 § 1 aufgeführten Kontenplans geordnet.

Die Regierung kann die weiteren Modalitäten festlegen.“

Art. 51 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 165.5 eingefügt:

“Art. 165.5 - Zuordnung zum Rechnungsjahr

Die Rechte können nur dann einem Rechnungsjahr zugeordnet werden, wenn sie im Laufe dieses Jahres festgestellt wurden. Allerdings werden die am 31. Dezember festgestellten Rechte, die nicht vor dem 15. Februar des darauf folgenden Jahres gebucht werden, einem nachfolgenden Jahr zugeordnet.“

Art. 52 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 165.6 eingefügt:

“Art. 165.6 - Löschung

Die zugunsten der Gemeinde festgestellten Rechte erlöschen durch ihre Begleichung, ihre Annullierung oder ihre Verjährung.“

Art. 53 - In Titel 4 Kapitel 4 desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 4, der die Artikel 166 und 166.1 umfasst, eingefügt:

“Abschnitt 4 - Rechnungslegung“

Art. 54 - Artikel 166 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt: Rechnungslegung

Die Rechnungslegung umfasst:

1. den Beschlussentwurf zur endgültigen Abrechnung des Rechnungsjahres mit den Jahresrechnungen;
2. die Allgemeine Rechtfertigungserklärung.

Die in Absatz 1 erwähnten Jahresrechnungen umfassen:

1. die Bilanz zum 31. Dezember;
2. die auf Basis der Lasten und Erträge erstellte Ergebnisrechnung;

3. eine Analyse der Bilanz, aus der hervorgeht, dass alle festgestellten Rechte und eingegangenen Verpflichtungen gebucht worden sind und dass die Saldi der Kontenbewegungen sich im Umlaufvermögen der Bilanz widerspiegeln;
4. eine zusammenfassende Rechnung der Haushaltsverrichtungen des Jahres in Einnahmen und Ausgaben;
5. die Haushaltsausführungsrechnungen gemäß Artikel 164.3;
6. eine zusammenfassende Übersicht der offenen Mittelbindungen zum 31. Dezember.

Die Allgemeine Rechtfertigungserklärung umfasst die Erläuterungen zur Rechnungslegung. Ihr sind eine Übersicht über die Verwaltung der Gemeindefinanzen während des Rechnungsjahrs, auf das sich diese Rechnungslegung bezieht, sowie die Liste der Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen, für die der Rat das Vergabeverfahren und die Bedingungen festgelegt hat, zwingend beizufügen.

Die Gemeinde legt im Rahmen der in Absatz 2 Nummer 1 erwähnten Bilanz die relevanten Informationen über Eventualverbindlichkeiten offen, die sich erheblich auf den Haushalt auswirken können, darunter Bürgschaften, notleidende Darlehen und Verbindlichkeiten aus der Tätigkeit öffentlicher Unternehmen, und Informationen über Beteiligungen am Kapital privater oder öffentlicher Unternehmen bezüglich wirtschaftlich erheblicher Beträge."

Art. 55 - In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 4 desselben Dekrets wird folgender Artikel 166.1 eingefügt:

"Art. 166.1 - Grundsätze der Rechnungslegung

§ 1 - Die Rechnungslegung muss hinsichtlich folgender Elemente regelmäßig, wahrheitsgetreu und vollständig sein und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermitteln:

1. in den Haushaltsausführungsrechnungen: hinsichtlich der Elemente der Ausführung des Haushaltsplans in Einnahmen und Ausgaben;
2. in den Jahresabschlüssen: hinsichtlich der Aktiva, der Passiva, des Aufwands und des Ertrags, der nicht bei den Aktiva und Passiva erfassten Forderungen und Verbindlichkeiten sowie der Zahlungsströme.

§ 2 - Die Jahresabschlüsse werden nach folgenden Grundsätzen erstellt:

1. Kontinuität der Tätigkeiten;
2. Vorsichtsprinzip;
3. Stetigkeit der Rechnungsführungsmethoden;
4. Vergleichbarkeit der Daten;
5. relative Wesentlichkeit;
6. Bruttoprinzip;
7. Vorrang der Wirklichkeit gegenüber dem äußeren Anschein;
8. Periodenrechnung."

Art. 56 - In Titel 4 Kapitel 4 desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 5, der die Artikel 167 bis 167.3 umfasst, eingefügt:

"Abschnitt 5 - Kontrolle"

Art. 57 - Artikel 167 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Art. 167 - Zurücksendung von Zahlungsanweisungen

Vor der Zahlung sendet der Rechnungspflichtige jede Zahlungsanweisung an das Kollegium zurück:

1. wenn die zugrunde liegenden Dokumente unvollständig sind oder ihre Bestandteile mit den Anlagen nicht übereinstimmen;
2. wenn sie nicht zugelassene Streichungen oder Markierungen aufweisen;
3. wenn sie nicht durch Belege begründet werden oder wenn die Belege der Lieferungen, Arbeiten oder sonstigen Leistungen entweder die erforderlichen Genehmigungen oder die Empfangs- oder Zertifizierungsvermerke zur Beglaubigung der Tatsächlichkeit der Forderung oder der erbrachten und akzeptierten Dienstleistung nicht anführen;
4. wenn die Ausgabe auf Zuwendungen angerechnet wird, die ihr fremd sind;
5. wenn der Haushaltsplan oder die Beschlüsse zur Eröffnung von Sonderhaushaltsmitteln vorsehen, dass die Ausgabe nicht innerhalb der Begrenzungen der genehmigten vorläufigen Mittel oder gemäß Artikel 170.5 bezahlt werden kann;
6. wenn die Ausgabe die verfügbaren Mittel der sie betreffenden Zuwendungen des Haushaltsplans überschreitet;
7. wenn die Ausgabe ganz oder teilweise bereits Gegenstand einer vorherigen Auszahlung gewesen ist;
8. wenn die Ausgabe gegen die Gesetze, Verordnungen oder Beschlüsse des Gemeinderats verstößt."

Art. 58 - In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 5 desselben Dekrets wird folgender Artikel 167.1 eingefügt:

"Art. 167.1 - Anrechnungen

Im Fall eines in Artikel 102 § 2 Absatz 1 Nummer 3 erwähnten ungünstigen Gutachtens des Finanzdirektors oder in den Fällen, die in Artikel 167 vorgesehen sind, kann das Kollegium unter seiner Verantwortung beschließen, dass die Ausgabe angerechnet und getätigt werden muss. In diesem Fall wird der begründete Beschluss des Kollegiums der Zahlungsanweisung beigefügt und der Rat wird unmittelbar und spätestens bei seiner erstfolgenden Sitzung davon in Kenntnis gesetzt. Das Kollegium kann ebenfalls beschließen, seinen Beschluss dem Rat auf dessen erstfolgender Sitzung zur Ratifizierung vorzulegen."

Art. 59 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 167.2 eingefügt:

"Art. 167.2 - Internes Audit

Für die Überwachung der Haushaltsdurchführung und der Buchführung der Gemeinde im Rahmen des in Artikel 98 § 4 erwähnten internen Controlling-Systems richtet die Gemeinde einen internen Auditdienst ein, dessen Aufgabe es ist, die Funktionsweise der Haushaltsausführung und der Buchführung der Gemeinde sowie ihres internen Controlling-Systems zu überwachen. Sie sorgt für die notwendige Unabhängigkeit des Auditdienstes und legt seine Arbeitsweise fest. Der Auditdienst übt eine überwachende und eine beratende Funktion aus. Ein Auditdienst kann für mehrere oder alle Gemeinden tätig sein.

Die Arbeitspläne eines solchen Auditdienstes, seine Feststellungen und seine Empfehlungen sowie die angewandten Verfahren werden in einem Jahresbericht gefasst. Der Auditdienst teilt diesen Jahresbericht dem Anweisungsbefugten mit, der ihn anschließend der Regierung zur Kenntnisnahme weiterleitet."

Art. 60 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 167.3 eingefügt:

"Art. 167.3 - Berichterstattung

Der Rechnungspflichtige verfasst jährlich einen Bericht über die gemäß Artikel 164.6 Absätze 2 und 4 aufgeführten Ausgaben. Dieser Bericht wird dem Rat vorgelegt und anschließend der Regierung zur Kenntnisnahme weitergeleitet."

Art. 61 - In Titel 4 Kapitel 4 desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 6, der die Artikel 168 bis 168.3 umfasst, eingefügt:

"Abschnitt 6 - Eintreibung der festgestellten Forderungen"

Art. 62 - Artikel 168 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Art. 168 - Beanstandung festgestellter Forderungen

Wenn die gemäß Artikel 164.10 festgestellten Forderungen durch die Schuldner beanstandet werden, informiert der zuständige Rechnungspflichtige den Anweisungsbefugten. Dieser befindet über die Beanstandung. In der Zwischenzeit setzt der Rechnungspflichtige die Eintreibung der festgestellten Forderung aus.

Die beanstandeten Forderungen werden durch den Anweisungsbefugten teilweise oder vollständig annulliert oder bestätigt. Seine Entscheidungen werden dem Rechnungspflichtigen mitgeteilt, der gegebenenfalls die notwendigen Eintragungen in der allgemeinen Buchhaltung und in der Haushaltsbuchhaltung vornimmt."

Art. 63 - In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 6 desselben Dekrets wird folgender Artikel 168.1 eingefügt:

"Art. 168.1 - Zahlungserleichterungen

Der Rechnungspflichtige kann unter den durch die Regierung festgelegten Rahmenbedingungen Zahlungsaufschübe oder Zahlungserleichterungen gewähren für Schuldner, die nachweislich in finanziellen Schwierigkeiten sind."

Art. 64 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 168.2 eingefügt:

"Art. 168.2 - Gerichtsweg

Unbeschadet der Anwendung von Artikel 102 § 3 Absatz 1 können die am Fälligkeitstag nicht entrichteten festgestellten Forderungen durch den Rechnungspflichtigen protokolliert und unter Einhaltung von Artikel 196 Absatz 2 durch den Anweisungsbefugten auf dem Gerichtsweg eingeklagt werden."

Art. 65 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 168.3 eingefügt:

"Art. 168.3 - Nicht eintreibbare Forderungen

§ 1 - Unbeschadet der Bestimmungen von Titel 5 werden festgestellte Forderungen durch den Anweisungsbefugten als ganz oder teilweise nicht eintreibbar erklärt, wenn:

1. sie aufgrund der gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen verjährt sind;
2. die geschätzten Eintreibungskosten höher sind als der Betrag der festgestellten Forderung;
3. die Insolvenz der Schuldner durch Gerichtsvollzieher oder Steuerbehörden bescheinigt wird;
4. sie auf im Konkurs oder in der Auflösung befindliche Gesellschaften ausgestellt sind und der Konkursverwalter die Nichteintreibbarkeit der Forderung bescheinigt.

In diesen Fällen verbucht der Rechnungspflichtige eine entsprechende Wertminderung in der allgemeinen Buchhaltung und gegebenenfalls in der Haushaltsbuchhaltung.

§ 2 - In Abweichung von Artikel 164.9 erfolgt die in § 1 erwähnte Erklärung der Nichteintreibbarkeit durch den Anweisungsbefugten selbst, ohne Möglichkeit einer Übertragung dieser Befugnis an einen bevollmächtigten oder nachgeordnet bevollmächtigten Anweisungsbefugten.

§ 3 - Jede Einzahlung, die nach der in § 1 erwähnten Erklärung der Nichteintreibbarkeit erfolgt, wird in der allgemeinen Buchhaltung und in der Haushaltsbuchhaltung als eine unmittelbare Einnahme gebucht."

Art. 66 - In Titel 4 Kapitel 4 desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 7, der die Artikel 169 und 169.1 umfasst, eingefügt:

"Abschnitt 7 - Vermögensveräußerungen"

Art. 67 - Artikel 169 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Art. 169 - Veräußerungen

Unter Vorbehalt anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen können die beweglichen und unbeweglichen Vermögensgüter der Gemeinden, die nicht mehr verwendet werden können, aber einen Handelswert aufweisen, veräußert werden."

Art. 68 - In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 7 desselben Dekrets wird folgender Artikel 169.1 eingefügt:

"Art. 169.1 - Abgeschriebene Vermögenswerte

Die Vermögensgüter, die in der allgemeinen Buchhaltung vollständig abgeschrieben und noch in Gebrauch sind, werden im Inventar ohne Wert aufgeführt."

Art. 69 - In Titel 4 Kapitel 4 desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 8, der die Artikel 170 bis 170.10 umfasst, eingefügt:

"Abschnitt 8 - Besondere Haushaltsbestimmungen"

Art. 70 - Artikel 170 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Art. 170 - Haushaltsgliederung

§ 1 - Der Haushalt einer Gemeinde umfasst:

1. den Haushaltsbeschluss mit dem Haushaltsplan der Einnahmen und dem allgemeinen Ausgabenhaushaltsplan;

2. die Allgemeine Rechtfertigungserklärung mit den Erläuterungen zu den Haushaltsplänen der Einnahmen und Ausgaben, den administrativen Ausgabenhaushaltsplan, die Liste der mehrjährigen Verpflichtungen und die Liste der Bürgschaften.

§ 2 - Der Haushaltsbeschluss enthält die für das Haushaltsjahr mit den Einnahmen und Ausgaben verbundenen Bestimmungen, einschließlich der Ermächtigung für das Kollegium, Anleihen innerhalb festgelegter Grenzen und Bestimmungen aufzunehmen.

§ 3 - Der Haushaltsplan der Einnahmen listet die geschätzten Einnahmen nach ihrem Entstehungsgrund gemäß der wirtschaftlichen Klassifizierung auf. Die geschätzten Beträge begrenzen nicht die festzustellenden Rechte.

Einziges Gliederungsebene des Haushaltsplanes der Einnahmen ist der Einnahmenartikel. Jeder Einnahmenartikel wird durch eine Umschreibung identifiziert und gemäß der wirtschaftlichen und der funktionellen Klassifizierung kodiert.

§ 4 - Der Ausgabenhaushaltsplan listet die voraussichtlich benötigten Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen auf.

Erste Gliederungsebene des Ausgabenhaushaltsplans ist der Organisationsbereich. Er umfasst die Mittel für die gesamten Tätigkeiten eines bestimmten Aufgabenbereiches der Gemeinde.

Zweite Gliederungsebene des Ausgabenhaushaltsplans ist das Programm. Pro Organisationsbereich gibt es ein oder mehrere Verwaltungs- und Tätigkeitsprogramme. Die Verwaltungsprogramme enthalten die zur Wahrnehmung der Aufgaben eines Organisationsbereiches nötigen Personal-, Betriebs- und Investitionsmittel. Die Tätigkeitsprogramme enthalten die spezifischen Mittel zur Erfüllung der einzelnen Zielsetzungen des Organisationsbereiches.

Dritte Gliederungsebene des Ausgabenhaushaltsplans ist die Zuweisung. Jede Zuweisung wird durch eine Umschreibung identifiziert und gemäß der wirtschaftlichen und der funktionellen Klassifizierung kodiert.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden pro Programm vorgesehen und genehmigt. Die Ausgabeermächtigungen werden pro Programm vorgesehen und für den gesamten Haushalt genehmigt.

§ 5 - Die Allgemeine Rechtfertigungserklärung umfasst die Erläuterungen zum Haushalt. Ihr sind zwingend beizufügen:

1. eine Übersicht über die allgemeine und die Finanzpolitik sowie die Verwaltungs- und Geschäftslage der Gemeinde;
2. der administrative Haushaltsplan als dritte Gliederungsebene des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans. Jedes Programm ist in eine oder mehrere Zuweisungen unterteilt mit Mitteln für bestimmte Tätigkeiten. Jede Zuweisung wird durch eine Umschreibung identifiziert und gemäß der wirtschaftlichen und der funktionellen Klassifizierung kodiert;
3. ein mittelfristiger Haushaltsrahmen und eine mehrjährige Finanzplanung, ihre jeweiligen eventuellen Anpassungen sowie die Begründung jeder eventuellen Abweichung im Haushalt gegenüber dem mittelfristigen Haushaltsrahmen;
4. eine Liste der mehrjährigen Verpflichtungen der Gemeinde gemäß Artikel 170.1;
5. eine Liste der Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen der Gemeinde;
6. eine Liste der Forderungen, die gemäß Artikel 168.3 als nicht eintreibbar erklärt wurden;
7. eine Sensitivitätsanalyse, die eine Übersicht über die Entwicklung der wichtigsten Haushaltsvariablen unter Zugrundelegung unterschiedlicher angenommener Wachstums-, Inflationsraten und Zinssätze enthält.

Der in Absatz 1 Nummer 3 erwähnte mittelfristige Haushaltsrahmen deckt die Legislaturperiode und einen Zeitraum von mindestens drei Jahren ab. Ein neues Kollegium darf den von einem vorherigen Kollegium bestimmten mittelfristigen Haushaltsrahmen ändern, um ihn an ihre neuen politischen Prioritäten anzupassen. In diesem Fall gibt das neue Kollegium an, inwieweit sich dieser Haushaltsrahmen von dem vorherigen mittelfristigen Haushaltsrahmen unterscheidet.

§ 6 - Die Regierung kann ein verbindliches Grundraster für die Haushaltsgliederung der Gemeinden festlegen.“

Art. 71 - In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 8 desselben Dekrets wird folgender Artikel 170.1 eingefügt:

“Art. 170.1 - Anleihen und mehrjährige Verpflichtungen

Folgende Anlagen sind dem Haushalt beizufügen:

1. eine Liste der Anleihen, die von der Gemeinde aufgenommen wurden bzw. noch aufzunehmen sind;
2. ein Finanzplan für die folgenden fünf Jahre, der vom Rat nach Stellungnahme des in Artikel 60.1 erwähnten kommunalen Haushalts- und Finanzrats verabschiedet wird.

Die Regierung kann weitere Vorschriften zu den Anleihen und mehrjährigen Verpflichtungen festlegen.“

Art. 72 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 170.2 eingefügt:

“Art. 170.2 - Erstellung der Haushalte und der Haushaltsanpassungen

Das Kollegium stellt den Haushaltsentwurf auf und übermittelt jedem Ratsmitglied gemäß Artikel 28 ein Exemplar spätestens sieben Tage vor der Ratssitzung.

Die Regierung legt die weiteren Richtlinien und die Arbeitsweise für die Erstellung der Haushalte und der Haushaltsanpassungen fest.

Die Anpassung des Haushalts erfolgt in der gleichen Art und Weise wie die Aufstellung des Haushalts und unter Beachtung der Haushaltsgliederung gemäß Artikel 170. Die verschiedenen Tabellen des Haushaltsplans der Einnahmen und des Ausgabenhaushaltsplans werden aktualisiert, wobei der Vergleich der ursprünglichen und der angepassten Mittel aufgezeigt wird.

Die Haushaltsanpassung wird von dem Rat verabschiedet und anschließend gemäß den Bestimmungen des Dekrets vom 20. Dezember 2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets durch die Regierung gebilligt.“

Art. 73 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 170.3 eingefügt:

"Art. 170.3 - Provisorische Haushaltsmittel

Falls der Haushalt einer Gemeinde nicht vor dem von der Regierung festgelegten Datum verabschiedet wurde, muss der Rat einen durch besondere Umstände begründeten Beschluss über das Zurückgreifen auf provisorische Mittel fassen, für die ausführbare Mittel im Haushalt des vorigen Rechnungsjahres eingetragen waren.

Ist der Haushaltsplan zum 1. Januar des Rechnungsjahres festgestellt, aber noch nicht gebilligt, kann ohne spezifischen Beschluss auf die provisorischen Zwölfstel zurückgegriffen werden. Die provisorischen Mittel dürfen pro abgelaufenen oder begonnenen Monat nicht höher als ein Zwölfstel der Haushaltsmittel des vorigen Rechnungsjahres sein."

Art. 74 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 170.4 eingefügt:

"Art. 170.4 - Rückzahlungen

§ 1 - In Bezug auf Gehälter, Vorschüsse auf Gehälter und Entschädigungen, Zulagen oder Leistungen, die zu den Gehältern gehören oder gleicher Art sind, stehen Beträge, die von den Gemeinden, autonomen Gemeinderegionen und Interkommunalen, die ausschließlich aus Gemeinden des deutschen Sprachgebiets zusammengesetzt sind, unrechtmäßig gezahlt werden, denjenigen, die sie erhalten haben, endgültig zu, wenn ihre Rückzahlung nicht innerhalb einer Frist von höchstens fünf Jahren ab dem 1. Januar des Jahres der Zahlung gefordert wird.

§ 2 - Um gültig zu sein, muss dem Schuldner die Aufforderung zur Rückzahlung per Einschreiben notifiziert werden und folgende Angaben enthalten:

1. Gesamtbetrag der zurückgeforderten Summen mit einer pro Jahr erstellten Übersicht der unrechtmäßigen Zahlungen;

2. Bestimmungen, gegen die bei der Zahlung verstoßen worden ist.

Ab Aufgabe des Einschreibens kann die Rückforderung des unrechtmäßig gezahlten Betrags in der durch das allgemeine Recht für die Verjährung persönlicher Klagen vorgesehenen Frist erfolgen.

§ 3 - Die in § 1 festgelegte Frist wird auf zehn Jahre angehoben, wenn die unrechtmäßig gezahlten Beträge infolge betrügerischer Machenschaften oder falscher oder wissentlich unvollständiger Erklärungen bezogen wurden."

Art. 75 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 170.5 eingefügt:

"Art. 170.5 - Dringende Ausgaben

Der Rat kann Ausgaben bestreiten, die durch zwingende und unvorhergesehene Umstände erforderlich werden.

Sollte die geringste Verzögerung einen offensichtlichen Schaden verursachen, kann das Kollegium die Ausgabe auf seine Verantwortung bestreiten unter der Bedingung, den Rat, der über Annahme oder Ablehnung der Ausgabe beschließt, unverzüglich und spätestens bei seiner erstfolgenden Sitzung davon in Kenntnis zu setzen.

Die Mitglieder des Kollegiums, die Zahlungsanweisungen erteilt haben für Ausgaben, die in Ausführung der Absätze 1 und 2 bestritten worden sind, bei der definitiv abgeschlossenen Rechnung jedoch abgelehnt wurden, sind persönlich verpflichtet, den entsprechenden Betrag in die Gemeindekasse einzuzahlen."

Art. 76 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 170.6 eingefügt:

"Art. 170.6 - Bekanntmachung des Haushaltsplans und der Rechnungen

Haushaltspläne und Rechnungslegungen werden im Gemeindehaus bereitgelegt, wo jeder sie an Ort und Stelle einsehen kann.

Auf diese Offenlegung wird mindestens mittels Aushang am Rathaus hingewiesen, der auf Betreiben des Kollegiums innerhalb eines Monats nach der Verabschiedung der Haushaltspläne und Rechnungslegungen angebracht wird. Die Bekanntmachung bleibt mindestens während zehn Tagen angeschlagen.

Die Gemeinden legen unverzüglich nach Billigung durch die Regierung eine Zusammenfassung des Haushalts und der Rechnungslegung in einem von der Regierung festgelegten Format auf ihrer Website offen."

Art. 77 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 170.7 eingefügt:

"Art. 170.7 - Neuverteilung der Zuweisungen

Im Laufe des Haushaltsjahres kann das Kollegium die Verteilung der Haushaltsmittel auf die Zuweisungen des Ausgabenhaushaltsplans anpassen. Bei jeder Neuverteilung werden die Mittelerrhöhungen vollständig durch Mittelminderungen ausgeglichen.

Ausschließlich innerhalb des für die Infrastrukturausgaben vorgesehenen Organisationsbereichs können die Verpflichtungsermächtigungen neu auf alle Zuweisungen dieses Organisationsbereichs verteilt werden.

Auf Ebene der Verpflichtungsermächtigungen können die Mittel eines Programms neu auf die Zuweisungen des Programms verteilt werden. Umfasst der Ausgabenhaushaltsplan nur eine Gliederungsebene, können die Verpflichtungsermächtigungen nicht neu verteilt werden.

Auf Ebene der Ausgabeermächtigungen können die Mittel neu auf die Zuweisungen des Haushalts verteilt werden.

Nimmt das Kollegium eine Neuverteilung der Haushaltsmittel auf die Zuweisungen des Ausgabenhaushaltsplans vor, informiert es den Rat in der darauffolgenden Sitzung sowie die Regierung."

Art. 78 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 170.8 eingefügt:

"Art. 170.8 - Anpassungs- und Korrekturbuchungen

Der Finanzdirektor kann Anpassungsbuchungen vornehmen bis zur Übermittlung der Haushaltsausführungsrechnung und des Jahresabschlusses innerhalb der unter Artikel 170.9 vorgesehenen Fristen. Diese Anpassungen beziehen sich nur auf wichtige Ereignisse, die sich im Laufe des betreffenden Rechnungsjahres ergeben haben und die unvorhersehbar oder deren Auswirkung zum Zeitpunkt der Kontenabschlüsse nicht bekannt waren.

Korrekturbuchungen infolge der Ausübung der Verwaltungsaufsicht können noch bis zum endgültigen Zeitpunkt der Billigung durch die Regierung bzw. bis zur Überschreitung der Billigungsfrist durch den Rechnungspflichtigen vorgenommen werden."

Art. 79 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 170.9 eingefügt:

"170.9 - Jahresabschlüsse

Der Rat schließt die Jahresrechnungen des vorigen Rechnungsjahres jährlich zu dem von der Regierung festgelegten Datum ab."

Art. 80 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 170.10 eingefügt:

"Art. 170.10 - Zahlungen

Eine Zahlung aus der Gemeindegasse darf nur aufgrund einer gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Kapitels im Haushaltsplan eingetragenen Zuweisung, aufgrund einer Entscheidung gemäß Artikel 170.5 oder aufgrund eines im Rahmen der von der Regierung festgelegten Bedingungen und Grenzen bewilligten provisorischen Haushaltsmittelbetrags erfolgen.

Die Mitglieder des Kollegiums sind persönlich verantwortlich für die von ihnen unter Verstoß gegen Absatz 1 eingegangenen Ausgabenverpflichtungen oder erteilten Zahlungsanweisungen."

Art. 81 - In Titel 4 Kapitel 4 desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 9, der die Artikel 171 bis 174 umfasst, eingefügt:

"Abschnitt 9 - Steuerliche Einnahmen"

Art. 82 - Artikel 171 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Art. 171 - Allgemeine Bestimmungen

Die Festsetzung und die Erhebung der Gemeindesteuern erfolgen gemäß Titel 5 des vorliegenden Dekrets.

Die kommunalen Zuschlagshundertstel auf die Staats- und Regionalsteuern werden gemäß den für die Erhebung der Steuern, denen sie hinzugefügt werden, festgelegten Regeln eingetrieben."

Art. 83 - Artikel 172 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 84 - Artikel 173 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 85 - Artikel 174 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 86 - In der Überschrift von Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 3 desselben Dekrets wird die Angabe "Abschnitt 3" durch die Angabe "Abschnitt 10" ersetzt.

Art. 87 - In Artikel 175 desselben Dekrets wird die Angabe "Artikel 176" durch die Angabe "Artikel 170.4" ersetzt.

Art. 88 - Artikel 176 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 89 - In der Überschrift von Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 4 desselben Dekrets wird die Angabe "Abschnitt 4" durch die Angabe "Abschnitt 11" ersetzt.

Art. 90 - Vorliegendes Dekret tritt an einem von der Regierung festgelegten Datum und spätestens am 1. Januar 2024 in Kraft.

Eupen, den 25. Januar 2021

O. PAASCH
Der Ministerpräsident
Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS
Der Vize-Ministerpräsident
Minister für Gesundheit und Soziales
Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS
Die Ministerin für Kultur und Sport
Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG
Die Ministerin für Bildung
Forschung und Erziehung

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2020-2021

Nummerierte Dokumente: 102 (2020-2021) Nr. 1 Dekretentwurf

102 (2020-2021) Nrn. 2+3 Abänderungsvorschläge

102 (2020-2021) Nr. 4 Bericht

102 (2020-2021) Nr. 5 Vom Plenum des Parlaments ver- abschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 25. Januar 2021 - Nr. 21 Diskussion und Abstimmung

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2021/200528]

25 JANVIER 2021. — Décret modifiant le décret communal du 23 avril 2018

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Article 1^{er}. Le présent décret sert à transposer partiellement la directive 2011/85/UE du Conseil du 8 novembre 2011 sur les exigences applicables aux cadres budgétaires des États membres.

Art. 2. À l'article 2 du décret communal du 23 avril 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 8°, le point final est remplacé par un point-virgule;

2° l'article est complété par un 9° rédigé comme suit :

« 9° classification économique » : la classification uniforme des recettes et des dépenses budgétaires dans le cadre du système européen des comptes économiques nationaux; »

3° l'article est complété par un 10° rédigé comme suit :

« 10° classification fonctionnelle » : la classification internationale des dépenses de l'État par champs d'action. »

Art. 3. À l'article 28, § 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Ledit projet est accompagné de la justification générale mentionnée, selon le cas, à l'article 166, alinéa 3, ou à l'article 170, § 5, avec un exposé général. »;

2° l'alinéa 4 est abrogé;

3° l'alinéa 5 est abrogé;

4° dans l'alinéa 7, qui devient l'alinéa 5, les mots « du rapport » sont remplacés par les mots « de la justification générale ».

Art. 4. À l'article 60 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 10°, le point final est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa 1^{er} est complété par un 11° rédigé comme suit :

« 11° d'exercer la fonction d'ordonnateur conformément à l'article 164.9. »;

3° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Dans le courant du mois suivant la fin de chaque trimestre, le collège communique les données budgétaires et comptables au Gouvernement. Celui-ci fixe le contenu et les modalités de cette communication. »

Art. 5. Dans le titre 2, chapitre 2, section 6, du même décret, il est inséré un article 60.1 rédigé comme suit :

« Art. 60.1 - Conseil communal budgétaire et financier

Le collège établit le projet de budget après avoir recueilli l'avis du conseil communal budgétaire et financier où siègent au moins un membre du collège désigné à cette fin, le directeur général et le directeur financier. Ces membres du conseil communal budgétaire et financier doivent donner leur avis sur la légalité et les implications financières prévisibles du projet de budget, en ce compris la projection sur plusieurs exercices de l'impact au service ordinaire des investissements significatifs. Le rapport écrit du conseil communal budgétaire et financier doit faire apparaître clairement l'avis de chacun de ses membres, tel qu'émis au cours de la réunion, même si l'avis est présenté dans un rapport. Ce rapport doit être joint au projet de budget présenté au conseil et au budget soumis au Gouvernement pour approbation.

Cette procédure doit également être appliquée à toutes les modifications budgétaires ultérieures.

L'avis de chacun des membres du conseil communal budgétaire et financier doit être clairement repris dans le rapport si des opinions divergentes apparaissent. L'absence de l'avis émis par le conseil communal budgétaire et financier ne peut que conduire au rejet du budget ou de la modification budgétaire concernés.

Le rapport écrit du conseil communal budgétaire et financier est établi conformément au modèle fixé par le Gouvernement. »

Art. 6. L'article 61 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le collège peut déléguer la compétence d'ordonnancement conformément à l'article 164.9, alinéa 1^{er}. »

Art. 7. L'article 71 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Tous les procès-verbaux du conseil et du collège sont immédiatement notifiés au directeur financier. »

Art. 8. L'article 98, § 4, alinéa 1^{er}, du même décret, est remplacé par ce qui suit :

« Sans préjudice de l'article 167.2, le directeur général est chargé de la mise en place et de la surveillance d'un système de contrôle interne. »

Art. 9. À l'article 102 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, l'alinéa 1^{er} est complété par la phrase suivante :

« Par ailleurs, il exerce la fonction de comptable conformément à l'article 164.11. »;

2° dans le § 2, 2°, *b*), le mot « ou » en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

3° dans le § 2, 2°, le *c*) est abrogé.

Art. 10. À l'article 106 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est abrogé;

2° dans l'alinéa 2, qui devient l'unique alinéa, les mots « Ces membres du personnel » sont remplacés par les mots « Les membres du personnel mentionnés à l'article 164.12, alinéa 1^{er} ».

Art. 11. À l'article 107 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « le comptable » sont remplacés par les mots « le directeur financier ou l'agent spécial, selon le cas, »;

2° dans le § 2, alinéa 2, les mots « au comptable » sont remplacés par les mots « au directeur financier ou à l'agent spécial, selon le cas, »;

3° dans le § 3, les mots « le comptable » sont remplacés par les mots « le directeur financier ou l'agent spécial, selon le cas, ».

Art. 12. (Concerne le texte allemand.)

Art. 13. À l'article 151 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Le conseil peut déléguer ses compétences visées au § 1^{er} au directeur général pour des crédits d'engagement à concurrence de 10 000 euros dans le cadre du budget. »;

2° le § 3 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« En cas de délégation des pouvoirs du conseil au directeur général, mentionnée au § 2, alinéa 2, les pouvoirs du collège mentionnés dans le présent paragraphe sont exercés par le directeur général. »

Art. 14. Dans l'article 152 du même décret, l'alinéa 1^{er} est complété par la phrase suivante :

« Les moyens des régies doivent être gérés séparément de la caisse communale. »

Art. 15. L'article 153 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 153 - comptable*

Les recettes et dépenses des régies communales peuvent être effectuées par un comptable spécial. Ce comptable est soumis aux mêmes règles que les directeurs financiers en ce qui concerne la nomination, les sanctions disciplinaires ainsi que la responsabilité. »

Art. 16. Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, l'intitulé de la section 1^{re}, comportant les articles 163 à 163.10, est remplacé par ce qui suit :

« Section 1^{re} - Dispositions budgétaires générales. »

Art. 17. L'article 163 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 163 - Arrêt du budget*

Le budget d'une commune pour l'année à venir est arrêté, avant le début de l'exercice budgétaire, à la date fixée par le Gouvernement et ensuite approuvé par ce dernier conformément aux dispositions du décret du 20 décembre 2004 organisant la tutelle administrative ordinaire sur les communes de la Région de langue allemande. »

Art. 18. Dans le titre 4, chapitre 4, section 1^{re}, du même décret, il est inséré un article 163.1 rédigé comme suit :

« *Art. 163.1 - Signification et effet du budget*

Le budget est destiné à fixer et à couvrir les besoins financiers estimés nécessaires pour l'exécution des missions de la commune au cours de la période budgétaire. Il sert de base à la gestion financière et économique.

Le budget permet à la commune de souscrire des engagements et d'effectuer des dépenses.

Le budget n'a pas pour effet de créer ou d'annuler des prétentions ou des obligations. »

Art. 19. La même section du même décret est complétée par un article 163.2 rédigé comme suit :

« *Art. 163.2 - Annualité*

Les crédits inscrits au budget sont autorisés pour la durée d'un exercice budgétaire. L'exercice budgétaire commence le 1^{er} janvier et s'achève le 31 décembre de la même année. »

Art. 20. La même section du même décret est complétée par un article 163.3 rédigé comme suit :

« *Art. 163.3 - Couverture globale*

L'ensemble des recettes couvre l'ensemble des dépenses.

Les recettes peuvent être affectées à une utilisation à des fins spécifiques dans la mesure où la loi ou le décret le permet. »

Art. 21. La même section du même décret est complétée par un article 163.4 rédigé comme suit :

« *Art. 163.4 - Vérité budgétaire*

Pour l'établissement du budget, seules seront inscrites les recettes probables ainsi que les crédits d'engagement et les crédits d'ordonnement nécessaires pour l'exécution des missions de la commune. »

Art. 22. La même section du même décret est complétée par un article 163.5 rédigé comme suit :

« *Art. 163.5 - Économie, efficacité et efficacité*

Les principes d'économie, d'efficacité et d'efficacité doivent être respectés lors de l'établissement et de l'exécution du budget. Des enquêtes d'efficacité appropriées doivent être effectuées pour toutes les mesures à incidence financière.

Art. 23. La même section du même décret est complétée par un article 163.6 rédigé comme suit :

« *Art. 163.6 - Universalité et unité*

Il y a lieu d'arrêter un budget pour chaque année budgétaire.

Le budget contient toutes les recettes attendues au cours de l'année budgétaire, tous les crédits d'engagement estimés nécessaires et toutes les dépenses probables.

Le budget autorise tout engagement et toute dépense au profit de tiers. »

Art. 24. La même section du même décret est complétée par un article 163.7 rédigé comme suit :

« *Art. 163.7 - Imputation brute*

Les recettes et les dépenses seront inscrites séparément et avec leur montant total.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le Gouvernement peut autoriser des exceptions au principe de l'imputation brute, notamment pour les frais accessoires et les rentrées complémentaires provenant d'opérations d'achat et de vente. Dans ces cas, le calcul du montant inscrit doit figurer dans les informations relatives au budget. »

Art. 25. La même section du même décret est complétée par un article 163.8 rédigé comme suit :

« *Art. 163.8 - Spécialité*

Les recettes seront inscrites suivant la cause de leur survenance, les crédits d'engagement et d'ordonnement suivant leur destination, et ce, séparément. »

Art. 26. La même section du même décret est complétée par un article 163.9 rédigé comme suit :

« *Art. 163.9 - Recettes*

L'estimation des recettes concerne les droits à constater au profit de la commune au cours de l'année budgétaire, y compris les recettes affectées éventuelles. »

Art. 27. La même section du même décret est complétée par un article 163.10 rédigé comme suit :

« *Art. 163.10 - Dépenses*

L'autorisation des dépenses concerne :

1^o les crédits d'engagement : des fonds peuvent être engagés à concurrence de ce montant pour les obligations souscrites au cours de l'année budgétaire. Pour les obligations récurrentes, qui ont un impact sur plusieurs années, seuls les montants dus au cours de l'année budgétaire sont engagés;

2^o les crédits d'ordonnement : des dépenses peuvent être liquidées pour ce montant afin de remplir les engagements souscrits pendant l'année en cours ou pendant les années antérieures.

Art. 28. Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, l'intitulé de la section 2, comportant les articles 164 à 164.12, est remplacé par ce qui suit :

« Section 2 - Exécution du budget et comptabilité budgétaire ».

Art. 29. Dans la même section du même décret, il est inséré une sous-section 1^{re}, comportant les articles 164 à 164.3, intitulée comme suit :

« Sous-section 1^{re} - Dispositions générales »

Art. 30. L'article 164 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 164 - Droits constatés*

Un droit est considéré comme constaté lorsque :

- 1^o le montant précis a été déterminé;
- 2^o l'identité du débiteur ou du créancier est connue;
- 3^o l'obligation de paiement existe et
- 4^o une pièce justificative est disponible. »

Art. 31. Dans le titre 4, chapitre 4, section 2, sous-section 1^{re}, du même décret, il est inséré un article 164.1 rédigé comme suit :

« *Art. 164.1 - Imputation des recettes et des dépenses*

Sont imputés sur le budget d'une année déterminée :

1^o comme recettes : les droits constatés au cours d'une année budgétaire, y compris les droits afférents aux recettes affectées;

2^o comme dépenses à charge des crédits d'engagement : les fonds engagés en vertu des obligations nées ou des engagements souscrits au cours de l'année budgétaire ainsi que, pour les obligations récurrentes, les montants dus au cours de l'année budgétaire;

3^o comme dépenses à charge des crédits d'ordonnement : les dépenses liquidées pendant l'année budgétaire.

Le conseil est tenu de porter annuellement au budget des dépenses toutes celles que les lois ou décrets mettent à la charge de la commune et spécialement les suivantes :

1^o les secours aux fabriques d'église et aux établissements chargés de la gestion du temporel des cultes reconnus, conformément aux dispositions applicables en la matière, en cas d'insuffisance constatée des moyens de ces établissements;

2^o l'indemnité de logement des ministres des cultes, lorsque le logement n'est pas fourni en nature;

3^o les dotations et autres dépenses prévues dans les dispositions y relatives en vigueur pour les CPAS, les zones de police et les zones de secours.

Lorsqu'une des dépenses obligatoires intéresse plusieurs communes, elles y concourent toutes proportionnellement à l'intérêt qu'elles peuvent y avoir. En cas de refus ou de désaccord, c'est le Gouvernement qui statue. »

Art. 32. La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.2 rédigé comme suit :

« *Art. 164.2 - Contrôle permanent*

La comptabilité budgétaire est tenue d'une telle manière qu'elle permet un contrôle permanent des dépenses inscrites aux budgets. »

Art. 33. La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.3 rédigé comme suit :

« Art. 164.3 - *Compte d'exécution du budget*

Le compte d'exécution du budget est composé de tableaux subdivisés de la même manière que les budgets. Il reprend, outre les estimations et les engagements, les opérations comptables effectuées conformément à l'article 164.1. »

Art. 34. Dans le titre 4, chapitre 4, section 2, du même décret, il est inséré une sous-section 2, comportant les articles 164.4 à 164.7, intitulée comme suit :

« Sous-section 2 - *Utilisation des crédits budgétaires* ».

Art. 35. La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.4 rédigé comme suit :

« Art. 164.4 - *Perception des recettes et liquidation des dépenses*

Les recettes doivent être perçues entièrement et à temps.

Les dépenses ne sont liquidées que dans la mesure où elles sont nécessaires pour la gestion financière. Les crédits d'engagement et d'ordonnancement doivent être gérés de manière telle qu'ils suffisent à couvrir toutes les dépenses correspondant à l'affectation indiquée dans le budget.

L'utilisation des crédits budgétaires accordés a lieu en application des lois et décrets et des arrêtés d'exécution et de délégation.

Art. 36. La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.5 rédigé comme suit :

« Art. 164.5 - *Lien factuel et temporel*

Les crédits d'engagement et d'ordonnancement sont utilisés uniquement dans le but indiqué au budget des dépenses et seulement jusqu'à la fin de l'année budgétaire concernée. »

Art. 37. La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.6 rédigé comme suit :

« Art. 164.6 - *Obligation légale et budgétaire*

Le consentement aux contrats ou accords à caractère onéreux ainsi qu'aux décisions d'octroi de subventions ou autres obligations unilatérales à caractère onéreux ne sera pas communiqué tant que le montant correspondant n'aura pas été imputé sur les crédits d'engagement prévus à cet effet. Seule l'obligation légale fixant les conditions précises ouvre aux tiers un droit à l'encontre de la commune.

Lorsque le montant de l'obligation légale diffère du montant de l'obligation budgétaire, celui-ci doit, dans le cadre des moyens budgétaires disponibles, être adapté en conséquence.

Lorsqu'une obligation budgétaire n'est pas confirmée par une obligation légale, elle expire au plus tard à la fin de l'année budgétaire.

Les dépenses autres que celles mentionnées à l'alinéa 1^{er} ne peuvent être imputées sur les crédits d'engagement prévus à cet effet que moyennant des preuves justifiant l'existence et les conditions précises de l'obligation. »

Art. 38. La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.7 rédigé comme suit :

« Art. 164.7 - *Engagements pris à charge du budget à venir*

À partir du 1^{er} novembre, les engagements nécessaires pour la pérennité de la commune peuvent être effectués à charge des crédits d'engagement de l'année budgétaire suivante dans le cadre des crédits alloués pour les dépenses correspondantes de l'année en cours. Ces engagements interdisent toute fourniture de biens ou de services avant le début de l'année budgétaire. »

Art. 39. Dans le titre 4, chapitre 4, section 2, du même décret, il est inséré une sous-section 3, comportant les articles 164.8 à 164.12, intitulée comme suit :

« Sous-section 3 - *Acteurs financiers* »

Art. 40. La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.8 rédigé comme suit :

« Art. 164.8 - *Principe de la séparation de fonctions*

Les fonctions de l'ordonnateur et du comptable sont séparées et incompatibles entre elles. »

Art. 41. La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.9 rédigé comme suit :

« Art. 164.9 - *Ordonnateur*

Sans préjudice de l'application de l'article 151, le collège détermine, en sa qualité d'ordonnateur, les agents auxquels il délègue les fonctions d'ordonnateur ainsi que l'étendue des pouvoirs conférés. En outre, il peut prévoir la possibilité, pour les bénéficiaires de cette délégation, de subdéléguer leurs pouvoirs.

Les délégations et subdélégations des fonctions d'ordonnateur ne sont accordées qu'aux personnes soumises au statut ou au régime applicable aux autres agents de la commune concernée.

Les ordonnateurs délégués ou subdélégués ne peuvent agir que dans les limites fixées par l'acte de délégation ou de subdélégation. L'ordonnateur délégué ou subdélégué compétent peut être assisté dans sa tâche par un ou plusieurs agents chargés d'effectuer, sous la responsabilité du premier, certaines opérations nécessaires à l'exécution du budget et à la reddition des comptes. »

Art. 42. La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.10 rédigé comme suit :

« Art. 164.10 - *Missions des ordonnateurs*

§ 1^{er} - L'ordonnateur est chargé d'exécuter les recettes et les dépenses suivant les principes de la comptabilité budgétaire et d'en assurer la légalité et la régularité.

§ 2 - Pour exécuter des dépenses, l'ordonnateur procède à des engagements budgétaires et des engagements juridiques, à la liquidation des dépenses et à l'ordonnancement des paiements nécessaires.

§ 3 - L'engagement consiste à réserver à charge des crédits d'engagement les fonds nécessaires au paiement ultérieur de sommes dues en vertu d'une obligation juridique.

L'ordonnateur qui procède à un engagement s'assure de la pertinence de l'imputation budgétaire, de la disponibilité des fonds, de la régularité et de la concordance de la dépense avec les dispositions juridiques en vigueur et avec le budget ainsi que du respect des principes de la comptabilité budgétaire.

§ 4 - La liquidation d'une dépense est l'acte par lequel l'ordonnateur vérifie la prétention du bénéficiaire, l'existence et le montant de la créance et l'échéance de la créance.

§ 5 - L'ordonnancement d'une dépense est l'acte par lequel l'ordonnateur, après avoir vérifié la disponibilité des fonds, ordonne au comptable, par délivrance d'une ordonnance de paiement, de payer le montant de la dépense liquidée par ses soins.

Les mandats sur la caisse communale ordonnancés par l'ordonnateur sont signés par le bourgmestre ou par celui qui le remplace et par un échevin; ils sont contresignés par le directeur général.

§ 6 - Dans les cas suivants, l'ordonnateur peut procéder à un engagement et liquider en même temps la dépense correspondante :

1° lorsqu'il s'agit d'une dépense fixe comme un traitement ou les cotisations sociales;

2° lorsque la dépense ne dépasse pas un certain montant, fixé par le Gouvernement.

§ 7 - L'exécution des recettes comporte la constatation des créances et l'émission des ordres de recouvrement. Elle comporte, le cas échéant, la renonciation aux créances constatées.

§ 8 - La constatation d'une créance est l'acte par lequel l'ordonnateur vérifie l'existence des dettes du débiteur, détermine ou vérifie l'existence et le montant de la dette et vérifie l'échéance de la dette.

Après la constatation d'une créance, l'ordonnateur délivre un ordre de recouvrement au comptable et communique au débiteur le montant à payer, le type de la créance, son imputation budgétaire ainsi que les modalités de paiement et le délai de paiement. »

Art. 43. La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.11 rédigé comme suit :

« Art. 164.11 - *Comptable*

§ 1^{er} - En sa qualité de comptable, le directeur financier de la commune est chargé :

1° de s'assurer de la bonne exécution des paiements, de l'encaissement des recettes et du recouvrement des créances constatées;

2° de préparer et de présenter les comptes, conformément aux dispositions de la section 4 du présent chapitre;

3° de tenir la comptabilité conformément aux dispositions de la section 4 du présent chapitre;

4° de définir, conformément aux dispositions de la section 4 du présent chapitre, les règles et les méthodes comptables ainsi que le plan comptable;

5° de définir et de valider les systèmes comptables ainsi que, le cas échéant, de valider les systèmes définis par l'ordonnateur et destinés à fournir ou justifier des informations comptables;

6° de tenir une caisse.

§ 2 - Le comptable obtient des ordonnateurs, qui en garantissent la fiabilité, toutes les informations nécessaires à l'établissement de comptes présentant une image fidèle du patrimoine de la commune et de l'exécution budgétaire.

§ 3 - Par dérogation à l'article 164.8, le comptable constate la créance pour les recettes immédiates.

§ 4 - Sauf dérogation prévue à l'article 164.12, le comptable est seul habilité pour le maniement de fonds et de valeurs. Il est responsable de leur conservation.

§ 5 - Le comptable peut, pour l'exercice de sa fonction, déléguer certaines de ses tâches à des agents placés sous sa responsabilité hiérarchique. »

Art. 44. La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.12 rédigé comme suit :

« Art. 164.12 - *Gestionnaire de caisse*

Le comptable peut charger certains membres du personnel communal du paiement et de l'engagement de menues dépenses et de la perception de recettes en espèces.

En vue du paiement de menues dépenses, dont le plafond est fixé par le comptable, et de l'encaissement de recettes autres que les ressources propres, il peut être créé des caisses qui sont alimentées par le comptable et qui sont sous la responsabilité de gestionnaires de caisses désignés par le comptable.

Le gestionnaire de caisse tient un livre de caisse. »

Art. 45. Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, il est inséré une section 3, comportant les articles 165 à 165.6, intitulée comme suit :

« Section 3 - *Comptabilité générale* ».

Art. 46. L'article 165 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 165 - *Tenue de la comptabilité*

Les communes tiennent une comptabilité générale. La comptabilité générale comprend une comptabilité financière et un compte des frais et des prestations. »

Art. 47. Dans le titre 4, chapitre 4, section 3, du même décret, il est inséré un article 165.1 rédigé comme suit :

« Art. 165.1 - *Comptabilité financière*

§ 1^{er} - La comptabilité financière repose sur le principe de comptabilité en partie double et présente une image fidèle de la situation financière et patrimoniale ainsi que du résultat de la commune. À cette fin, elle enregistre le patrimoine, les droits, les engagements et les obligations de la commune.

Le Gouvernement fixe les règles et les méthodes comptables ainsi que le plan comptable uniforme, à appliquer par toutes les communes. Le plan comptable est divisé en classes de bilan.

§ 2 - L'exercice comptable court du 1^{er} janvier au 31 décembre de la même année.

§ 3 - Chaque opération est immédiatement inscrite dans les livres et les comptes de la comptabilité générale, sur la base d'une preuve datée, et classée soigneusement par ordre chronologique. Elle est rattachée à l'exercice comptable pendant lequel les droits ont été constatés. L'inscription dans la comptabilité générale et dans la comptabilité budgétaire visée à l'article 164.1 a lieu en même temps.

§ 4 - Les livres et la gestion des comptes assurent la continuité ainsi que la légalité et l'inamovibilité des inscriptions.

Toutes les preuves sont classées méthodiquement et conservées. Le Gouvernement fixe les modalités et les délais de conservation des livres et des pièces justificatives.

Le support numérique utilisé pour la conservation des livres et des pièces justificatives doit garantir l'inamovibilité et l'accessibilité des données pendant les délais de conservation prescrits.

§ 5 - Le Gouvernement détermine la nature des supports électroniques à utiliser pour la comptabilité des communes. »

Art. 48. La même section du même décret est complétée par un article 165.2 rédigé comme suit :

« Art. 165.2 - *Suivi des mouvements de caisse*

La comptabilité générale permet un suivi permanent des opérations de caisse et l'établissement de situations de caisse périodiques. »

Art. 49. La même section du même décret est complétée par un article 165.3 rédigé comme suit :

« Art. 165.3 - *Compte des frais et des prestations*

La comptabilité générale comprend un compte des frais et des prestations permettant de fournir toutes les informations utiles pour la gestion, notamment pour déterminer les frais des prestations. »

Art. 50. La même section du même décret est complétée par un article 165.4 rédigé comme suit :

« Art. 165.4 - *Inventaire*

Un inventaire complet de toutes les composantes du patrimoine de la commune est établi le 31 décembre de chaque année. Il comprend tous les biens et tous les droits quels qu'ils soient ainsi que les dettes et les obligations quelles qu'elles soient. Cet inventaire est organisé de la même manière que les catégories de bilan du plan comptable visé à l'article 165.1, § 1^{er}.

Le Gouvernement peut préciser d'autres modalités. »

Art. 51. La même section du même décret est complétée par un article 165.5 rédigé comme suit :

« Art. 165.5 - *Affectation à l'exercice comptable*

L'affectation de droits à un exercice comptable déterminé n'est possible que si ceux-ci ont été constatés au cours de cet exercice. Toutefois, les droits constatés le 31 décembre et non comptabilisés avant le 15 février de l'exercice suivant seront affectés à un exercice ultérieur. »

Art. 52. La même section du même décret est complétée par un article 165.6 rédigé comme suit :

« Art. 165.6 - *Extinction*

Les droits constatés au profit de la commune s'éteignent par paiement, annulation ou prescription. »

Art. 53. Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, il est inséré une section 4, comportant les articles 166 et 166.1, intitulée comme suit :

« Section 4 - *Reddition des comptes* ».

Art. 54. L'article 166 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 166 - *Reddition des comptes*

La reddition des comptes comprend :

1° le projet de décision fixant le décompte définitif de l'exercice comptable, accompagné des comptes annuels;

2° la justification générale.

Les comptes annuels mentionnés à l'alinéa 1^{er} comprennent :

1° le bilan au 31 décembre;

2° le compte de résultat établi sur la base des charges et des produits;

3° une analyse du bilan montrant que tous les droits constatés et tous les engagements souscrits ont été comptabilisés et que les actifs circulants du bilan reflètent les soldes des mouvements de comptes;

4° un compte de récapitulation des opérations budgétaires de l'année, en recettes et en dépenses;

5° les comptes d'exécution du budget visés à l'article 164.3;

6° un récapitulatif des engagements ouverts au 31 décembre.

La justification générale comprend les commentaires relatifs au projet. Elle sera accompagnée d'un aperçu de la gestion des finances communales au cours de l'exercice auquel les comptes se rapportent, ainsi que de la liste reprenant les adjudicataires de marchés pour lesquels le conseil a choisi le mode de passation et a fixé les conditions.

La commune détermine, dans le cadre du bilan mentionné à l'alinéa 2, 1°, les informations pertinentes relatives aux engagements conditionnels susceptibles d'avoir un impact élevé sur le budget, y compris les garanties, les prêts improductifs et les passifs découlant de l'activité d'entreprises publiques, ainsi que des informations sur les participations au capital de sociétés privées ou publiques pour des montants économiquement significatifs. »

Art. 55. Dans le titre 4, chapitre 4, section 4, du même décret, il est inséré un article 166.1 rédigé comme suit :

« Art. 166.1 - *Principes de la reddition des comptes*

§ 1^{er} - La reddition des comptes doit être régulière, sincère et complète et présenter une image fidèle :

1° en ce qui concerne les comptes d'exécution du budget, des éléments de l'exécution du budget en recettes et en dépenses;

2° en ce qui concerne les états financiers, des éléments d'actif, de passif, des charges et des produits, des droits et des obligations non repris à l'actif et au passif, ainsi que des flux de trésorerie.

§ 2 - Les états financiers sont établis sur la base des principes comptables suivants :

1° la continuité des activités;

- 2° la prudence;
- 3° la permanence des méthodes comptables;
- 4° la comparabilité des informations;
- 5° l'importance relative;
- 6° le principe d'imputation brute;
- 7° la prééminence de la réalité sur l'apparence;
- 8° la comptabilité d'exercice. »

Art. 56. Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, il est inséré une section 5, comportant les articles 167 à 167.3, intitulée comme suit :

« Section 5 - Contrôle ».

Art. 57. L'article 167 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 167 - Renvoi des ordres de paiement

Le comptable renvoie au collègue, avant paiement, tout ordre de paiement :

- 1° dont les documents justificatifs sont incomplets ou dont les éléments ne cadrent pas avec les pièces jointes;
- 2° portant des ratures ou surcharges non approuvées;
- 3° non appuyés des pièces justificatives ou lorsque les pièces justificatives des fournitures, travaux ou prestations diverses ne relatent point soit les approbations nécessaires, soit les visas de réception ou de certification attestant la réalité de la créance ou le service fait et accepté;
- 4° dont la dépense est imputée sur des allocations qui lui sont étrangères;
- 5° lorsque le budget ou les délibérations ouvrant des crédits spéciaux prévoyant la dépense n'est point susceptible d'être payée dans la limite des crédits provisoires autorisés ou conformément à l'article 170.5;
- 6° lorsque la dépense excède le disponible des allocations y afférentes du budget;
- 7° lorsque la dépense en tout ou partie a déjà fait l'objet d'une liquidation antérieure;
- 8° lorsque la dépense est contraire aux lois, aux règlements ou aux décisions du conseil communal. »

Art. 58. Dans le titre 4, chapitre 4, section 5, du même décret, il est inséré un article 167.1 rédigé comme suit :

« Art. 167.1 - Imputations

En cas d'avis défavorable du directeur financier, mentionné à l'article 102, § 2, alinéa 1^{er}, 3°, ou dans les cas prévus à l'article 167, le collègue peut décider, sous sa responsabilité, que la dépense sera imputée et effectuée. Dans ce cas, la délibération motivée du collègue est jointe à l'ordre de paiement et information en est donnée immédiatement au conseil communal, au plus tard lors de la plus prochaine séance. Le collègue peut également décider de soumettre sa décision à la ratification du conseil à sa plus prochaine séance. »

Art. 59. La même section du même décret est complétée par un article 167.2 rédigé comme suit :

« Art. 167.2 - Audit interne

Pour la surveillance de l'exécution budgétaire et de la comptabilité de la commune dans le cadre du système de contrôle interne mentionné à l'article 98, § 4, la commune met en place un service d'audit interne chargé de surveiller le fonctionnement de l'exécution budgétaire et de la comptabilité de la commune ainsi que de son système de contrôle interne. Elle veille à l'indépendance du service d'audit et en fixe le mode de fonctionnement. Le service d'audit exerce une fonction de surveillance et de conseil. Un service d'audit peut travailler pour plusieurs ou pour toutes les communes.

Les plans de travail d'un tel service d'audit, ses constatations et ses recommandations ainsi que les procédures appliquées sont consignés dans un rapport annuel. Le service d'audit communique ce rapport annuel à l'ordonnateur, qui le transmet ensuite pour information au Gouvernement. »

Art. 60. La même section du même décret est complétée par un article 167.3 rédigé comme suit :

« Art. 167.3 - Rapport

Chaque année, le comptable établit un rapport sur les dépenses effectuées conformément à l'article 164.6, alinéas 2 et 4. Ce rapport est présenté au conseil et ensuite transmis au Gouvernement pour information. »

Art. 61. Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, il est inséré une section 6, comportant les articles 168 à 168.3, intitulée comme suit :

« Section 6 - Recouvrement des créances constatées ».

Art. 62. L'article 168 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 168 - Contestation de créances constatées

Lorsque le débiteur conteste les créances constatées conformément à l'article 164.10, le comptable compétent en informe l'ordonnateur. Celui-ci se prononce sur la contestation. Dans l'intervalle, le comptable suspend le recouvrement de la créance constatée.

Les créances contestées sont entièrement ou partiellement annulées ou confirmées par l'ordonnateur. Ses décisions sont communiquées au comptable qui procède, le cas échéant, aux inscriptions nécessaires dans la comptabilité générale et la comptabilité budgétaire. »

Art. 63. Dans le titre 4, chapitre 4, section 6, du même décret, il est inséré un article 168.1 rédigé comme suit :

« Art. 168.1 - Facilités de paiement

Le comptable peut, dans le cadre défini par le Gouvernement, accorder des reports ou des facilités de paiement aux débiteurs en proie à des difficultés financières manifestes. »

Art. 64. La même section du même décret est complétée par un article 168.2 rédigé comme suit :

« *Art. 168.2 - Voie judiciaire*

Sans préjudice de l'application de l'article 102, § 3, alinéa 1^{er}, les créances constatées, non honorées le jour de leur échéance, peuvent être consignées par le comptable et faire l'objet d'une action en justice, introduite par l'ordonnateur, dans le respect de l'article 196, alinéa 2. »

Art. 65. La même section du même décret est complétée par un article 168.3 rédigé comme suit :

« *Art. 168.3 - Créances irrécouvrables*

§ 1^{er} - Sans préjudice des dispositions du titre 5, les créances constatées sont déclarées irrécouvrables en tout ou en partie par l'ordonnateur si :

1° elles sont prescrites en vertu des dispositions légales ou contractuelles;

2° les frais de recouvrement estimés sont supérieurs au montant de la créance constatée;

3° l'insolvabilité du créancier est attestée par un huissier de justice ou par l'administration fiscale;

4° les créances sont libellées sur des sociétés en état de faillite ou de dissolution et que le curateur atteste le caractère irrécouvrable de la créance.

Dans ces cas, le comptable inscrit une moins-value correspondant au montant irrécouvrable dans la comptabilité générale et, le cas échéant, dans la comptabilité budgétaire.

§ 2 - Par dérogation à l'article 164.9, la déclaration d'irrécouvrabilité visée au § 1^{er} est effectuée par l'ordonnateur lui-même, sans possibilité de délégation à un ordonnateur délégué ou subdélégué.

§ 3 - Tout versement opéré après la déclaration constatant le caractère irrécouvrable, visée au § 1^{er}, est inscrite comme recette directe dans la comptabilité générale et dans la comptabilité budgétaire. »

Art. 66. Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, il est inséré une section 7, comportant les articles 169 à 169.1, intitulée comme suit :

« *Section 7 - Cessions d'actif* »

Art. 67. L'article 169 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 169 - Cessions*

Sous réserve de dispositions légales ou décrétales contraires, les actifs mobiliers et immobiliers des communes, devenus inutilisables, mais possédant une valeur marchande, peuvent être cédés. »

Art. 68. Dans le titre 4, chapitre 4, section 7, du même décret, il est inséré un article 169.1 rédigé comme suit :

« *Art. 169.1 - Actifs amortis*

Les actifs entièrement amortis dans la comptabilité générale, mais toujours utilisés, sont repris sans valeur dans l'inventaire. »

Art. 69. Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, il est inséré une section 8, comportant les articles 170 à 170.10, intitulée comme suit :

« *Section 8 - Dispositions budgétaires spéciales* ».

Art. 70. L'article 170 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 170 - Structure budgétaire*

§ 1^{er} - Le budget d'une commune comprend :

1° la décision budgétaire, composée du budget des recettes et du budget général des dépenses;

2° la justification générale contenant les informations relatives aux budgets des recettes et des dépenses, au budget administratif des dépenses, à la liste des engagements pluriannuels et à la liste des cautionnements.

§ 2 - La décision budgétaire contient les dispositions relatives aux recettes et aux dépenses de l'année budgétaire, y compris l'autorisation pour le collège de contracter des emprunts dans le cadre des limites et des dispositions arrêtées.

§ 3 - Le budget des recettes énumère les recettes estimées suivant leur origine conformément à la classification économique. L'estimation des montants ne limite pas les droits à constater.

L'article budgétaire est le seul niveau de répartition du budget des recettes. Chaque article budgétaire est identifié par une description et codifié suivant la classification économique et fonctionnelle.

§ 4 - Le budget des dépenses énumère les crédits d'engagement et les crédits d'ordonnancement probablement nécessaires.

La division organique est le premier niveau de répartition du budget général des dépenses. Elle comprend les moyens prévus pour l'ensemble des activités dans un domaine déterminé de la commune.

Le programme est le deuxième niveau de répartition du budget général des dépenses. Chaque division organique comprend un ou plusieurs programmes administratifs et opérationnels. Les programmes administratifs contiennent les crédits de personnel, d'exploitation et d'investissement destinés à l'exécution des missions de la division organique. Les programmes opérationnels contiennent les crédits spécifiques nécessaires pour atteindre les différents objectifs de la division organique.

L'allocation est le troisième niveau de répartition du budget des dépenses. Chaque allocation est identifiée par une description et codifiée suivant la classification économique et fonctionnelle.

Les crédits d'engagement sont prévus et octroyés par programme. Les crédits d'ordonnancement sont prévus par programme et approuvés pour l'ensemble du budget.

§ 5 - La justification générale comprend les commentaires relatifs au projet. Doivent obligatoirement y être joints :

1° une synthèse de la politique générale et financière ainsi que la situation de l'administration et des affaires de la commune;

2° le budget administratif en tant que troisième niveau de répartition du budget général des dépenses. Chaque programme est subdivisé en une ou plusieurs allocations, dotées de crédits destinés à des activités particulières. Chaque allocation est identifiée par une description et codifiée suivant la classification économique et fonctionnelle;

3° un cadre budgétaire à moyen terme et une programmation budgétaire pluriannuelle, leurs éventuelles actualisations ainsi que la justification de tout écart éventuel du budget par rapport au cadre budgétaire à moyen terme;

4° la liste des engagements pluriannuels de la commune, conformément à l'article 170.1;

5° la liste des cautionnements, garanties et autres avals de la commune;

6° une liste des créances qui, conformément à l'article 168.3, ont été déclarées irrécouvrables;

7° une analyse de sensibilité, reprenant un aperçu de l'évolution des principales variables budgétaires en fonction de différentes hypothèses relatives aux taux de croissance, d'inflation et d'intérêt.

Le cadre budgétaire à moyen terme mentionné à l'alinéa 1^{er}, 3°, couvre la législature et une période d'au moins trois ans. Un nouveau collège peut actualiser le cadre budgétaire à moyen terme fixé par un collège précédent de manière à tenir compte de ses nouvelles priorités politiques. Dans ce cas, le nouveau collège souligne les différences avec le précédent cadre budgétaire à moyen terme.

§ 6 - Le Gouvernement peut fixer une grille de base contraignante pour la structure budgétaire des communes. »

Art. 71. Dans le titre 4, chapitre 4, section 8, du même décret, il est inséré un article 170.1 rédigé comme suit :

« Art. 170.1 - *Emprunts et engagements pluriannuels*

Seront annexés au budget :

1° une liste reprenant les emprunts contractés ou encore à contracter par la commune;

2° un plan financier pour les cinq prochaines années, adopté par le conseil sur avis du conseil communal budgétaire et financier mentionné à l'article 60.1.

Le Gouvernement peut fixer d'autres prescriptions pour les emprunts et engagements pluriannuels. »

Art. 72. La même section du même décret est complétée par un article 170.2 rédigé comme suit :

« Art. 170.2 - *Établissement des budgets et des ajustements*

Le collège établit le projet de budget et en transmet un exemplaire à chaque conseiller communal conformément à l'article 28, et ce, au plus tard sept jours avant la séance du conseil.

Le Gouvernement fixe les autres instructions et les modalités d'établissement des budgets et des ajustements budgétaires.

L'ajustement du budget a lieu de la même manière que l'établissement du budget, dans le respect de la structure budgétaire décrite à l'article 170. Les différents tableaux du budget des recettes et du budget des dépenses sont actualisés; ils font la comparaison entre les crédits initiaux et les crédits ajustés.

L'ajustement du budget est voté par le conseil et ensuite approuvé par le Gouvernement conformément aux dispositions du décret du 20 décembre 2004 organisant la tutelle administrative ordinaire sur les communes de la région de langue allemande. »

Art. 73. La même section du même décret est complétée par un article 170.3 rédigé comme suit :

« Art. 170.3 - *Crédits budgétaires provisoires*

Si le budget d'une commune n'a pas été voté avant la date fixée par le Gouvernement, le conseil doit prendre une décision motivée par des circonstances spéciales et relative au recours à des crédits provisoires pour lesquels des crédits exécutoires avaient été inscrits au budget de l'exercice comptable précédent.

Si le budget est arrêté, mais pas encore approuvé au 1^{er} janvier de l'exercice comptable, il peut être recouru aux douzièmes provisoires sans décision spécifique. Par mois écoulé ou entamé, les crédits provisoires ne peuvent être supérieurs à un douzième des moyens budgétaires de l'exercice comptable précédent. »

Art. 74. La même section du même décret est complétée par un article 170.4 rédigé comme suit :

« Art. 170.4 - *Remboursements*

§ 1^{er} - Sont définitivement acquises à ceux qui les ont reçues les sommes payées indûment par les communes, les régies communales autonomes et les intercommunales exclusivement constituées de communes de la région de langue allemande en matière de traitements, d'avances sur ceux-ci ainsi que d'indemnités, d'allocations ou de prestations qui sont accessoires ou similaires aux traitements, lorsque le remboursement n'en a pas été réclamé dans un délai de cinq ans à partir du 1^{er} janvier de l'année du paiement.

§ 2 - Pour être valable, la réclamation doit être notifiée au débiteur par lettre recommandée à la poste et contenir :

1° le montant total des sommes réclamées avec, par année, le relevé des paiements indus;

2° la mention des dispositions en violation desquelles les paiements ont été faits.

À dater du dépôt de la lettre recommandée à la poste, la répétition de l'indu peut être poursuivie pendant le délai fixé par le droit commun en matière de prescription de plaintes personnelles.

§ 3 - Le délai fixé au § 1^{er} est porté à dix ans lorsque les sommes indues ont été obtenues par des manœuvres frauduleuses ou par des déclarations fausses ou sciemment incomplètes. »

Art. 75. La même section du même décret est complétée par un article 170.5 rédigé comme suit :

« Art. 170.5 - *Dépenses urgentes*

Le conseil peut toutefois pourvoir à des dépenses réclamées par des circonstances impérieuses et imprévues.

Dans le cas où le moindre retard occasionnerait un préjudice évident, le collège peut, sous sa responsabilité, pourvoir à la dépense, à charge d'en donner, sans délai et au plus tard lors de sa plus prochaine séance, connaissance au conseil qui délibère s'il admet ou non la dépense.

Les membres du collège qui auraient mandaté des dépenses payées en exécution des alinéas 1^{er} et 2, mais rejetées des comptes définitifs, sont personnellement tenus d'en verser le montant à la caisse communale. »

Art. 76. La même section du même décret est complétée par un article 170.6 rédigé comme suit :

« Art. 170.6 - *Publicité du budget et des comptes*

Les budgets et les comptes sont déposés à la maison communale, où quiconque peut en prendre connaissance sur place.

Cette possibilité de consultation est rappelée au moins par voie d'affiches apposées à la maison communale, à l'initiative du collège, et ce, dans le mois qui suit l'adoption des budgets et des comptes. La durée de l'affichage ne peut être inférieure à dix jours.

Immédiatement après approbation par le Gouvernement, les communes publient sur leur site Internet un résumé du budget et de la reddition des comptes dans un format fixé par le Gouvernement. »

Art. 77. La même section du même décret est complétée par un article 170.7 rédigé comme suit :

« Art. 170.7 - *Nouvelle répartition des allocations*

Au cours de l'année budgétaire, le collège peut adapter la répartition des crédits budgétaires sur les allocations du budget des dépenses. À chaque nouvelle réaffectation, les augmentations de crédits sont entièrement compensées par des diminutions de crédits.

C'est seulement au sein de la division organique prévue pour les dépenses d'infrastructure que les crédits d'engagement peuvent être répartis autrement sur toutes les allocations de ladite division.

Au niveau des crédits d'engagement, les crédits d'un programme peuvent être répartis autrement sur les allocations de ce programme. Lorsque le budget des dépenses ne comporte qu'un seul niveau de répartition, les crédits d'engagement ne peuvent pas faire l'objet d'une nouvelle répartition.

Au niveau des crédits d'ordonnement, les crédits peuvent être répartis autrement sur les allocations du budget.

Si le collège procède à une réaffectation des crédits budgétaires aux allocations du budget des dépenses, il en informe le conseil lors de sa prochaine séance, ainsi que le Gouvernement. »

Art. 78. La même section du même décret est complétée par un article 170.8 rédigé comme suit :

« Art. 170.8 - *Ajustements et corrections comptables*

Le directeur financier peut continuer à procéder à des ajustements comptables jusqu'à la transmission du compte d'exécution budgétaire et des comptes annuels dans les délais prévus à l'article 170.9. Ces ajustements se rapportent uniquement à des événements importants survenus au cours de l'exercice comptable concerné et dont la survenance ou les effets n'étaient pas connus au moment de la clôture des comptes.

Le comptable peut encore procéder à des corrections comptables résultant de l'exercice de la tutelle administrative jusqu'au moment de l'approbation définitive par le Gouvernement ou, selon le cas, jusqu'au dépassement du délai d'approbation. »

Art. 79. La même section du même décret est complétée par un article 170.9 rédigé comme suit :

« Art. 170.9 - *Comptes annuels*

Le conseil arrête chaque année, à la date fixée par le Gouvernement, les comptes annuels de l'exercice précédent. »

Art. 80. La même section du même décret est complétée par un article 170.10 rédigé comme suit :

« Art. 170.10 - *Paiements*

Aucun paiement sur la caisse communale ne peut avoir lieu qu'en vertu d'une allocation portée au budget conformément aux dispositions du présent chapitre, d'une décision conformément à l'article 170.5 ou d'un crédit provisoire alloué dans les conditions et limites fixées par le Gouvernement.

Les membres du collège sont personnellement responsables des dépenses engagées ou mandatées par eux en violation de l'alinéa 1^{er}. »

Art. 81. Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, il est inséré une section 9, comportant les articles 171 à 174, intitulée comme suit :

« Section 9 - *Recettes fiscales* ».

Art. 82. L'article 171 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 171 - *Dispositions générales* ».

Pour l'établissement et le recouvrement des taxes communales, il est procédé conformément au titre 5 du présent décret.

Les centimes additionnels communaux aux impôts de l'État et de la Région sont recouverts conformément aux règles établies pour la perception de l'impôt auxquelles ils s'ajoutent. »

Art. 83. L'article 172 du même décret est abrogé.

Art. 84. L'article 173 du même décret est abrogé.

Art. 85. L'article 174 du même décret est abrogé.

Art. 86. Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, l'intitulé de la section 3 est remplacé par ce qui suit :

« Section 10 - *Prescription* ».

Art. 87. À l'article 175 du même décret, les mots « l'article 176 » sont remplacés par les mots « l'article 170.4 ».

Art. 88. L'article 176 du même décret est abrogé.

Art. 89. Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, l'intitulé de la section 4 est remplacé par ce qui suit :

« Section 11 - *Octroi et contrôle des subventions accordées par les communes* ».

Art. 90. Le présent décret entre en vigueur à une date fixée par le Gouvernement, et au plus tard le 1^{er} janvier 2024.
Eupen, le 25 janvier 2021.

O. PAASCH,
Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS,
Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS,
La Ministre de la Culture et des Sports,
de l'Emploi et des Médias

L. KLINKENBERG,
La Ministre de l'Éducation
et de la Recherche scientifique

—————
Note

Session 2020-2021

Documents parlementaires : 102 (2020-2021) n° 1 Projet de décret

102 (2020 -2021) n°s 2 +3 Propositions d'amendement

102 (2020 -2021) n° 4 Rapport

102 (2020 -2021) n° 5 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 25 janvier 2021 - N° 21 Discussion et vote

—————
MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2021/200528]

25 JANUARI 2021. — Decreet tot wijziging van het gemeentedecreet van 23 april 2018

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

Artikel 1. Dit decreet voorziet in de gedeeltelijke omzetting van de Richtlijn 2011/85/EU van de Raad van 8 november 2011 tot vaststelling van voorschriften voor de begrotingskaders van de lidstaten.

Art. 2. In artikel 2 van het gemeentedecreet van 23 april 2018 worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 8° wordt de punt vervangen door een komma-punt;

2° er wordt een bepaling onder 9° ingevoegd, luidende:

"9° economische classificatie: uniforme classificatie van de begrotingsontvangsten en -uitgaven van het Europees Stelsel van Economische Rekeningen;"

3° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 10°, luidende:

"10° functionele classificatie: internationale classificatie voor overheidsuitgaven volgens uitgavendomeinen."

Art. 3. In artikel 28, § 1, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1. het derde lid wordt vervangen als volgt:

"Het ontwerp gaat vergezeld van de Algemene Toelichting vermeld in artikel 166, derde lid of, naargelang van het geval, vermeld in artikel 170, § 5, met een algemeen overzicht."

2° het vierde lid wordt opgeheven;

3° het vijfde lid wordt opgeheven;

4° in het zevende lid, dat het vijfde lid wordt, worden de woorden "van het verslag" vervangen door de woorden "van de Algemene Toelichting".

Art. 4. In artikel 60 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 10°, wordt de punt vervangen door een komma-punt;

2° het eerste lid wordt aangevuld met een bepaling onder 11°, luidende:

"11° de uitoefening van de functie van ordonnateur overeenkomstig artikel 164.9."

3° het artikel wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Het college deelt de Regering de gegevens betreffende de begroting en de boekhouding mee in de loop van de maand die volgt op het einde van elk trimester. De Regering bepaalt de inhoud en de nadere regels voor die mededeling."

Art. 5. In titel 2, hoofdstuk 2, afdeling 6, van hetzelfde decreet wordt een artikel 60.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 60.1 - Gemeentelijke raad voor begroting en financiën

Het gemeentecollege neemt het begrotingsontwerp aan na het advies te hebben ingewonnen van de gemeentelijke raad voor begroting en financiën waarin tenminste een daartoe aangeduid lid van het college, de directeur-generaal en de financieel directeur zetelen. Die leden van de gemeentelijke raad voor begroting en financiën brengen advies uit over de wettelijkheid en de te verwachten financiële weerslag van de ontwerp-begroting, met inbegrip van de projectie van de weerslag van de omvangrijke investeringen op de begroting, gezien over verschillende boekjaren. Het schriftelijk verslag van de gemeentelijke raad voor begroting en financiën moet duidelijk het advies vermelden van elk van zijn leden, zoals uitgebracht tijdens de vergadering, zelfs als dat advies in een verslag wordt weergegeven. Dat verslag wordt gevoegd bij de ontwerp-begroting die wordt voorgelegd aan de gemeenteraad en bij de begroting die ter goedkeuring wordt voorgelegd aan de Regering.

Die procedure wordt eveneens toegepast op alle latere begrotingswijzigingen.

Het advies van elk van de leden van de gemeentelijke raad voor begroting en financiën moet duidelijk opgenomen worden in het verslag indien blijkt dat er afwijkende meningen zijn. Bij ontstentenis van het advies van de gemeentelijke raad voor begroting en financiën kan de gemeenteraad de betrokken begroting of begrotingswijziging niet goedkeuren.

Het schriftelijk verslag van de gemeentelijke raad voor begroting en financiën wordt opgesteld volgens het model bepaald door de Regering.”

Art. 6. Artikel 61 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

”Het college kan de ordonnanceringsbevoegdheid overeenkomstig artikel 164.9, eerste lid, delegeren.”

Art. 7. Artikel 71 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

”Alle notulen van de raad en van het college worden onmiddellijk ter kennis gebracht van de financieel directeur.”

Art. 8. Artikel 98, § 4, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

”Onverminderd artikel 167.2 is de directeur-generaal belast met de invoering en de monitoring van een intern controlesysteem.”

Art. 9. In artikel 102 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 1, eerste lid, wordt aangevuld met een tweede zin, luidende:

”Voorts oefent hij de functie van rekenplichtige uit overeenkomstig artikel 164.11.”

2° in § 2, 2°, b), wordt het woord ”of” op het einde van de zin vervangen door een komma;

3° § 2, 2°, c), wordt opgeheven.

Art. 10. In artikel 106 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid wordt opgeheven;

2° in het tweede lid, dat het enige lid wordt, wordt het woord ”Die” vervangen door de woorden ”De in artikel 164.12, eerste lid, vermelde”.

Art. 11. In artikel 107 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 2, eerste lid, worden de woorden ”de rekenplichtige” vervangen door de woorden ”de financieel directeur of, naargelang van het geval, het bijzonder personeelslid”;

2° in § 2, tweede lid, worden de woorden ”de rekenplichtige” vervangen door de woorden ”de financieel directeur resp. het bijzonder personeelslid”;

3° in § 3 worden de woorden ”de rekenplichtige” vervangen door de woorden ”de financieel directeur resp. het bijzonder personeelslid”.

Art. 12. (geldt alleen voor het Duits).

Art. 13. In artikel 151 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 2, tweede lid, wordt vervangen als volgt:

”De raad kan de bevoegdheden vermeld in paragraaf 1 voor vastleggingskredieten in het kader van de begroting tot 10.000 euro aan de directeur-generaal overdragen.”

2° paragraaf 3 wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

”In geval van een in § 2, tweede lid, vermelde delegatie van de bevoegdheden van de raad aan de directeur-generaal, worden de in onderhavige paragraaf vermelde bevoegdheden van het college door de directeur-generaal uitgeoefend.”

Art. 14. Artikel 152, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede zin, luidende:

”De middelen van de gemeentebedrijven worden gescheiden van de gemeentekas beheerd.”

Art. 15. Artikel 153 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

”Art. 153 - Rekenplichtige

De ontvangsten en uitgaven van de gemeentebedrijven kunnen door een bijzondere rekenplichtige verricht worden. Voor die rekenplichtige gelden dezelfde regels als voor de financieel directeur wat betreft benoeming, tuchtstraffen en aansprakelijkheid.”

Art. 16. Het opschrift van titel 4, hoofdstuk 4, afdeling 1, van hetzelfde decreet, die de artikelen 163 tot 163.10 omvat, wordt vervangen als volgt:

”Afdeling 1 - Algemene begrotingsbepalingen”

Art. 17. Artikel 163 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

”Art. 163 - Vaststelling van de begroting

De gemeentebegroting voor het volgende jaar wordt vóór het begin van het begrotingsjaar en op de door de Regering bepaalde datum door de raad aangenomen en wordt vervolgens, overeenkomstig het decreet van 20 december 2004 houdende organisatie van het gewone administratieve toezicht op de gemeenten van het Duitse taalgebied, door de Regering goedgekeurd.”

Art. 18. In titel 4, hoofdstuk 4, afdeling 1, van hetzelfde decreet wordt een artikel 163.1 ingevoegd, luidende:

Art. 163.1 - Betekenis en werking van de begroting

De begroting dient tot de vaststelling en dekking van de financiële behoeften die voor de uitvoering van de taken van de gemeente gedurende de begrotingsperiode vermoedelijk nodig zijn. Zij vormt de grondslag van het financiële en economische beheer.

De begroting machtigt de gemeente ertoe verbintenissen aan te gaan en uitgaven te verrichten.

De begroting heeft niet tot gevolg dat vorderingen of schulden worden geschapen of opgeheven.”

Art. 19. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 163.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 163.2 - Jaarperiodiciteit

De in de begroting opgenomen kredieten worden toegestaan voor de duur van een begrotingsjaar. Het begrotingsjaar begint op 1 januari en eindigt op 31 december van hetzelfde jaar."

Art. 20. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 163.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 163.3 - Universaliteit

De gezamenlijke ontvangsten dienen ter dekking van de gezamenlijke uitgaven.

De ontvangsten mogen voor bepaalde doeleinden worden bestemd voor zover een wet of een decreet daarin voorziet."

Art. 21. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 163.4 ingevoegd, luidende:

"Art. 163.4 - Begrotingswaarachtigheid

Bij de opstelling van de begroting worden alleen de ontvangsten ingeschreven die vermoedelijk zullen binnenkomen en wordt alleen in de vastleggingskredieten en ordonnanceringskredieten voorzien die voor de uitvoering van de taken van de gemeente noodzakelijk zijn."

Art. 22. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 163.5 ingevoegd, luidende:

"Art. 163.5 - Zuinigheid, efficiëntie en doeltreffendheid

Bij de opstelling en uitvoering van de begroting moeten de beginselen van zuinigheid, efficiëntie en doeltreffendheid in acht worden genomen. Voor alle maatregelen met financiële gevolgen moeten passende economische onderzoeken worden ingesteld."

Art. 23. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 163.6 ingevoegd, luidende:

"Art. 163.6 - Volledigheid en eenheid

Voor elk begrotingsjaar moet een begroting worden opgesteld.

De begroting bevat alle gedurende het begrotingsjaar te verwachten ontvangsten, alle vermoedelijk benodigde vastleggingskredieten en alle vermoedelijk te verrichten uitgaven.

De begroting machtigt alle verplichtingen en uitgaven ten behoeve van derden."

Art. 24. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 163.7 ingevoegd, luidende:

"Art. 163.7 - Brutoboeking

De ontvangsten en uitgaven worden in volledige omvang en afzonderlijk in de begroting opgenomen.

In afwijking van het eerste lid kan de Regering uitzonderingen van het beginsel van brutoboeking toestaan, inzonderheid voor bijkomende kosten en bijkomende opbrengsten bij koop- en verkoopverrichtingen. In die gevallen moet de berekening van het ingeschreven bedrag in de toelichting bij de begroting worden opgenomen.

Art. 25. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 163.8 ingevoegd, luidende:

"Art. 163.8 - Afzonderlijke boeking

De ontvangsten worden volgens de oorzaak van hun ontstaan, de vastleggings- en ordonnanceringskredieten volgens de doeleinden afzonderlijk ingeschreven."

Art. 26. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 163.9 ingevoegd, luidende:

"Art. 163.9 - Ontvangsten

De schatting van de ontvangsten betreft de rechten die tijdens het begrotingsjaar ten gunste van de gemeente moeten worden vastgesteld, de toegewezen ontvangsten desgevallend inbegrepen."

Art. 27. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 163.10 ingevoegd, luidende:

"Art. 163.10 - Uitgaven

De uitgavenmachtiging betreft:

1° de vastleggingskredieten: voor dit bedrag mogen kredieten voor verbintenissen worden vastgelegd die gedurende het begrotingsjaar worden gesloten. Bij recurrente verbintenissen die gevolgen voor meerdere jaren hebben worden alleen de bedragen vastgelegd die gedurende het begrotingsjaar opeisbaar worden;

2° de ordonnanceringskredieten: voor dit bedrag mogen kredieten worden vastgesteld om verbintenissen na te komen die gedurende het lopende jaar of in voorafgaande jaren werden gesloten."

Art. 28. Het opschrift van titel 4, hoofdstuk 4, afdeling 2, van hetzelfde decreet, die de artikelen 164 tot 164.12 omvat, wordt vervangen als volgt:

"Afdeling 2 — Uitvoering van de begroting en begrotingsboekhouding"

Art. 29. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een onderafdeling 1 ingevoegd, die de artikelen 164 tot 164.3 bevat, luidende:

"Onderafdeling 1 - Algemene bepalingen"

Art. 30. Artikel 164 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 164 - Vastgesteld recht

Een recht geldt als vastgesteld wanneer:

1° het bedrag precies is bepaald;

2° de identiteit van de schuldenaar of de schuldeiser bekend is;

3° de betalingsverplichting bestaat en

4° een verantwoordingsstuk beschikbaar is."

Art. 31. In titel 4, hoofdstuk 4, afdeling 2, onderafdeling 1, van hetzelfde decreet wordt een artikel 164.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 164.1 - Aanrekening van de ontvangsten en uitgaven

Worden aangerekend op de begroting van een bepaald jaar:

1° als ontvangsten: de rechten vastgesteld gedurende het begrotingsjaar, inbegrepen de rechten betreffende de toegewezen ontvangsten;

2° als uitgaven ten laste van de vastleggingskredieten: de kredieten die worden vastgelegd op basis van de verbintenissen welke gedurende het begrotingsjaar zijn ontstaan of gesloten evenals bij recurrenente verbintenissen de bedragen die gedurende het begrotingsjaar opeisbaar worden;

3° als uitgaven ten laste van de ordonnanceringskredieten: de uitgaven die gedurende het begrotingsjaar betaalbaar worden gesteld.

De raad boekt alle bij wet of decreet voorgeschreven uitgaven van de gemeente jaarlijks op de uitgavenzijde van de begroting. Daartoe behoren in het bijzonder:

1° de hulpelden die overeenkomstig de desbetreffende geldende bepalingen verleend worden aan de kerkfabrieken en aan de instellingen die belast zijn met het beheer van de wereldlijke goederen van de erkende erediensten wanneer die instellingen over onvoldoende middelen beschikken;

2° de vergoeding voor de huisvesting van de bedienaren van de erediensten, wanneer hen geen huisvesting ter beschikking wordt gesteld;

3° de dotaties en overige uitgaven voor de OCMW's, de politiezones en hulpverleningszones waarin de desbetreffende geldende bepalingen voorzien.

Wanneer verscheidene gemeenten bij een verplichte uitgave betrokken zijn, dragen zij alle daarin bij naar evenredigheid van het belang dat zij erbij hebben. In geval van weigering of onenigheid beslist de Regering."

Art. 32. In dezelfde onderafdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 164.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 164.2 - Permanente controle

De begrotingsboekhouding wordt zo gevoerd dat een permanente controle van de uitvoering van de begrotingen mogelijk is."

Art. 33. In dezelfde onderafdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 164.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 164.3 - Uitvoeringsrekening van de begroting

De uitvoeringsrekening van de begroting bestaat uit tabellen die precies ingedeeld zijn zoals de begrotingen. Naast de ramingen of machtigingen worden de overeenkomstig artikel 164.1 gedane begrotingsboekingen opgesomd."

Art. 34. In titel 4, hoofdstuk 4, afdeling 2, van hetzelfde decreet wordt een onderafdeling 2 ingevoegd, die de artikelen 164.4 tot 164.7 bevat, luidende:

"Onderafdeling 2 - Gebruik van de begrotingskredieten"

Art. 35. In dezelfde onderafdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 164.4 ingevoegd, luidende:

"Art. 164.4 - Inning van de ontvangsten en verrichting van de uitgaven

De ontvangsten worden tijdig en volledig geïnd.

De uitgaven worden alleen in de mate en niet eerder verricht waarin ze voor het economisch beheer noodzakelijk zijn. De vastleggings- en ordonnanceringskredieten moeten zo worden beheerd dat ze voor de dekking van alle uitgaven volstaan die overeenstemmen met de bestemming opgegeven in de begroting.

De goedgekeurde begrotingskredieten worden in uitvoering van de wetten en decreten en van de uitvoerings- en delegatiebesluiten gebruikt."

Art. 36. In dezelfde onderafdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 164.5 ingevoegd, luidende:

"Art. 164.5 - Feitelijke en tijdelijke binding

De vastleggings- en ordonnanceringskredieten worden enkel voor de bestemming bepaald in de uitgavenbegroting en enkel tot het einde van het betreffende begrotingsjaar gebruikt."

Art. 37. In dezelfde onderafdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 164.6 ingevoegd, luidende:

"Art. 164.6 - Wettelijke en budgettaire verplichting

De toestemming tot contracten of overeenkomsten onder bezwarende titel evenals tot besluiten tot toekenning van subsidies of andere eenzijdige overeenkomsten onder bezwarende titel wordt pas bekendgemaakt als het desbetreffende bedrag op de daarvoor uitgetrokken vastleggingskredieten is geboekt. Pas de desbetreffende wettelijke verplichting die de precieze voorwaarden bepaalt, opent derden een recht tegenover de gemeente.

Wanneer het bedrag van de wettelijke verplichting afwijkt van het bedrag van de budgettaire verplichting moet het laatst in het kader van de beschikbare begrotingskredieten dienovereenkomstig worden aangepast.

Wanneer een budgettaire verplichting niet door een wettelijke verplichting wordt bevestigd, vervalt ze uiterlijk op het einde van het begrotingsjaar.

Uitgaven die niet in het eerste lid worden vermeld, mogen enkel op basis van verantwoordingsstukken die het bestaan en de precieze voorwaarden van de verplichting bevestigen op de daarvoor uitgetrokken vastleggingskredieten worden geboekt."

Art. 38. In dezelfde onderafdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 164.7 ingevoegd, luidende:

"Art. 164.7 - Vastleggingen ten laste van de volgende begroting

Vanaf 1 november mogen de voor de verdere werking van de gemeente noodzakelijke vastleggingen ten laste van de vastleggingskredieten van het daaropvolgende begrotingsjaar binnen de perken van de aangenomen begrotingskredieten voor de overeenkomstige uitgaven van het lopende jaar worden gedaan. Volgens deze vastleggingen mogen voor het begin van het begrotingsjaar geen goederen worden geleverd en geen diensten worden verleend."

Art. 39. In titel 4, hoofdstuk 4, afdeling 2, van hetzelfde decreet wordt een onderafdeling 3 ingevoegd, die de artikelen 164.8 tot 164.12 bevat, luidende:

“Onderafdeling 3 - Financiële actoren”

Art. 40. In dezelfde onderafdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 164.8 ingevoegd, luidende:

“Art. 164.8 - Beginsel van scheiding van functies

De functies van ordonnateur en rekenplichtige zijn gescheiden en zijn onderling onverenigbaar.”

Art. 41. In dezelfde onderafdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 164.9 ingevoegd, luidende:

“Art. 164.9 - Ordonnateur

Onverminderd de toepassing van artikel 151 bepaalt het college in zijn functie van ordonnateur aan welke personeelsleden het de functies van ordonnateur delegeert, alsook de omvang van de toegekende bevoegdheden. Het mag eveneens in de mogelijkheid voorzien om deze bevoegdheid te subdelegeren.

Delegatie en subdelegatie van de functies van ordonnateur worden slechts toegestaan aan personeelsleden die zijn onderworpen aan het statuut of aan de regeling welke van toepassing is op de andere personeelsleden van de betrokken gemeente.

De gedelegeerde of gesubdelegeerde ordonnateurs kunnen slechts handelen binnen de in de (sub)delegatieverordening gestelde grenzen. De bevoegde gedelegeerde of gesubdelegeerde ordonnateur kan in de uitoefening van zijn taak worden bijgestaan door een of meer personeelsleden die onder zijn verantwoordelijkheid belast zijn met bepaalde handelingen die voor de uitvoering van de begroting en voor de rekeningaflegging nodig zijn.”

Art. 42. In dezelfde onderafdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 164.10 ingevoegd, luidende:

“Art. 164.10 - Taken van de ordonnateur

§ 1 - De ordonnateur is belast met het innen van de ontvangsten en het verrichten van de uitgaven in overeenstemming met de beginselen van de begrotingsboekhouding en staat in voor de wettigheid en regelmatigheid ervan.

§ 2 - Voor het verrichten van de uitgaven gaat de ordonnateur vastleggingen en juridische verbintenissen aan, stelt hij de uitgaven betaalbaar en legt hij de desbetreffende betalingsopdrachten op.

§ 3 - De vastlegging bestaat erin ten laste van de vastleggingskredieten de kredieten aan te tekenen die noodzakelijk zijn om de betalingen die voortvloeien uit een juridische verbintenis op een later tijdstip te kunnen verrichten.

Bij elke vastlegging vergewist de ordonnateur zich van de nauwkeurigheid van de aanwijzing op de begroting, de beschikbaarheid van de kredieten, de regelmatigheid en de overeenstemming van de uitgave met de geldende rechtsvoorschriften en de begroting evenals van de naleving van de beginselen van de begrotingsboekhouding.

§ 4 - De betaalbaarstelling van een uitgave is de handeling waarbij de ordonnateur het bestaan van de rechten van de begunstigde, het bestaan en het bedrag van de schuldvordering en de opeisbaarheid van de schuldvordering verifieert.

§ 5 - De betalingsopdracht is de handeling waarbij de ordonnateur, nadat hij heeft geverifieerd of de kredieten beschikbaar zijn, de rekenplichtige door middel van een betalingsopdracht oplegt het bedrag van de door hem betaalbaar gestelde uitgaven te betalen.

De door de ordonnateur gegeven opdrachten tot betaling uit de gemeentekas worden ondertekend door de burgemeester of diens plaatsvervanger en worden medeondertekend door de directeur-generaal.

§ 6 - In volgende gevallen kan de ordonnateur tegelijkertijd een bedrag vastleggen en de desbetreffende uitgave betaalbaar stellen:

1° wanneer het een vaste uitgave zoals een wedde of sociale lasten betreft;

2° wanneer de uitgave een door de Regering vastgelegd bedrag niet overschrijdt.

§ 7 - De inning van de ontvangsten behelst de vaststelling van de schuldvorderingen en de verstrekking van de invorderingsopdrachten. In voorkomend geval kan van het innen van een vastgestelde schuldvordering worden afgezien.

§ 8 - De vaststelling van een schuldvordering is de handeling waarbij de ordonnateur het bestaan van de verbintenissen van de schuldenaar verifieert, het bestaan en het bedrag van de schuld bepaalt of verifieert en de opeisbaarheid van de schuldvordering verifieert.

Na de vaststelling van een schuldvordering geeft de ordonnateur een inningsopdracht af aan de rekenplichtige en brengt de schuldenaar op de hoogte van het te betalen bedrag, het soort schuldvordering, haar budgettaire aanrekening evenals de betalingsmodaliteiten en de betalingstermijn.”

Art. 43. In dezelfde onderafdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 164.11 ingevoegd, luidende:

“Art. 164.11 - Rekenplichtige

§ 1 - In zijn functie van rekenplichtige oefent de financieel directeur van de gemeente de volgende taken uit:

1° de goede uitvoering van de betalingen, de inning van de ontvangsten en de invordering van de vastgestelde schuldvorderingen;

2° het opstellen en inrichten van de rekeningen overeenkomstig afdeling 4 van dit hoofdstuk;

3° het voeren van de boekhouding overeenkomstig afdeling 4 van dit hoofdstuk;

4° het vaststellen van de boekhoudregels en -methoden en het rekeningstelsel overeenkomstig afdeling 4 van dit hoofdstuk;

5° het vaststellen en valideren van de boekhoudsystemen, evenals, waar van toepassing, het valideren van de door de ordonnateur vastgestelde systemen die tot doel hebben boekhoudkundige gegevens te verstrekken of te motiveren;

6° het beheer van de kasmiddelen.

§ 2 - De rekenplichtige ontvangt van de ordonnateurs, die de betrouwbaarheid ervan garanderen, alle gegevens die nodig zijn voor de opstelling van rekeningen die een getrouw beeld geven van het vermogen van de gemeente en de uitvoering van de begroting.

§ 3 - In afwijking van artikel 164.8 stelt de rekenplichtige bij onmiddellijke ontvangsten de schuldvordering vast.

§ 4 - Behoudens de in artikel 164.12 genoemde afwijkingen, is de rekenplichtige als enige bevoegd het beheer te voeren over de kasmiddelen en waarden. Hij is aansprakelijk voor de bewaring ervan.

§ 5 - De rekenplichtige kan voor de uitvoering van zijn taken een aantal van zijn functies delegeren aan onder zijn hiërarchische verantwoordelijkheid geplaatste personeelsleden."

Art. 44. In dezelfde onderafdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 164.12 ingevoegd, luidende:

"Art. 164.12 - De beheerder van de betalende instanties

De rekenplichtige kan personeelsleden van de gemeente belasten met de vastlegging en de betaling van kleine bedragen, alsook met de invordering van ontvangsten in contanten.

Voor de betaling van kleine bedragen, waarvan het maximumbedrag wordt vastgelegd door de rekenplichtige, en de inning van andere ontvangsten dan de eigen middelen kunnen betalende instanties worden ingesteld waarvoor de rekenplichtige middelen ter beschikking stelt. Die betalende instanties vallen onder de verantwoordelijkheid van beheerders die door de rekenplichtige worden aangewezen.

De beheerder van de betalende instanties houdt een kasboek bij."

Art. 45. In titel 4, hoofdstuk 4, van hetzelfde decreet wordt een afdeling 3 ingevoegd, die de artikelen 165 tot 165.6 bevat, luidende:

"Afdeling 3 - Algemene boekhouding"

Art. 46. Artikel 165 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 165 - Boekhouding

De gemeenten voeren een algemene boekhouding. De algemene boekhouding omvat een financiële boekhouding en een kosten- en opbrengstenrekening."

Art. 47. In titel 4, hoofdstuk 4, afdeling 3, van hetzelfde decreet wordt een artikel 165.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 165.1 - Financiële boekhouding

§ 1 - De financiële boekhouding berust op het beginsel van dubbele boekhouding en levert een getrouw beeld van de financiële en patrimoniale situatie en van het resultaat van de gemeente. Te dien einde registreert zij het vermogen, de rechten, de verbintenissen en de verplichtingen van de gemeente.

De Regering stelt de boekhoudregels en -methoden en het uniforme rekeningstelsel vast dat op alle gemeenten moet worden toegepast. Het rekeningstelsel is onderverdeeld in balansklassen.

§ 2 - Het boekjaar loopt van 1 januari tot 31 december van hetzelfde jaar.

§ 3 - Elke verrichting wordt op basis van een gedateerd verantwoordingsstuk onmiddellijk in de boeken en rekeningen van de algemene boekhouding geboekt, getrouw, volledig en chronologisch gerangschikt. Zij wordt aangerekend op het boekjaar waarin de rechten worden vastgesteld. De inschrijving in de algemene boekhouding en in de begrotingsboekhouding vermeld in artikel 164.1 heeft tegelijkertijd plaats.

§ 4 - De boeken en de boekhouding waarborgen de continuïteit evenals de rechtmatigheid en de onbetwistbaarheid van de boekingen.

Alle verantwoordingsstukken worden systematisch geclassificeerd en bewaard. De Regering bepaalt de modaliteiten en de termijnen voor de bewaring van de boeken en de verantwoordingsstukken.

De informatiedrager die voor de bewaring van de boeken en de verantwoordingsstukken wordt gebruikt moet de onbetwistbaarheid en de toegankelijkheid van de data gedurende de voorgeschreven bewaringstermijn verzekeren.

§ 5 - De Regering bepaalt op welke elektronische informatiedragersystemen de boekhouding van de gemeenten wordt opgemaakt."

Art. 48. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 165.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 165.2 - Opvolging van de kasstromen

De algemene boekhouding maakt een permanente opvolging van de kasstromen en de opstelling van periodieke kassaldi mogelijk."

Art. 49. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 165.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 165.3 - Rekening van de kosten en opbrengsten

De algemene boekhouding bevat een rekening van de kosten en opbrengsten die het mogelijk maakt alle voor het beheer nuttige inlichtingen te leveren, met name de kosten van de diensten te berekenen."

Art. 50. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 165.4 ingevoegd, luidende:

"Art. 165.4 - Inventaris

Elk jaar wordt per 31 december een volledige inventaris van alle bestanddelen van het vermogen van de gemeente opgemaakt. Deze omvat alle soorten van bezittingen en rechten en alle soorten van schulden en verbintenissen. Deze inventaris is op dezelfde wijze ingedeeld als de balansklassen van het rekeningstelsel vermeld in artikel 165.1, § 1.

De Regering kan de nadere regels bepalen."

Art. 51. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 165.5 ingevoegd, luidende:

"Art. 165.5 - Toewijzing aan het boekjaar

De rechten kunnen enkel aan een bepaald boekjaar worden toegewezen indien zij in de loop van dat jaar zijn vastgesteld. Niettemin worden de op 31 december vastgestelde rechten die niet voor 15 februari van het daaropvolgende jaar worden geboekt, aan een later jaar toegewezen."

Art. 52. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 165.6 ingevoegd, luidende:

"Art. 165.6 - Verval

De rechten vastgesteld ten gunste van de gemeente vervallen door hun betaling, hun annulering of hun verjaring."

Art. 53. In titel 4, hoofdstuk 4, van hetzelfde decreet wordt een afdeling 4 ingevoegd, die de artikelen 166 en 166.1 bevat, luidende:

"Afdeling 4 - Rekeningaflegging"

Art. 54. Artikel 166 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 166 - Rekeningaflegging

De rekeningaflegging omvat:

1° het ontwerp van besluit houdende definitieve afrekening van het boekjaar met de jaarrekeningen;

2° de Algemene Toelichting.

De jaarrekeningen vermeld in het eerste lid omvatten:

1° de balans per 31 december;

2° de resultatenrekening opgesteld op basis van de kosten en opbrengsten;

3° een analyse van de balans waaruit blijkt dat alle vastgestelde rechten en gesloten verbintenissen zijn geboekt en dat de saldi van de kasstromen zich weerspiegelen in de vlottende activa van de balans;

4° een samenvattende rekening van de begrotingsverrichtingen van het jaar, wat de ontvangsten en de uitgaven betreft;

5° de uitvoeringsrekeningen overeenkomstig artikel 164.3;

6° een samenvattend overzicht van de vastleggingen die op 31 december openstaan.

De Algemene Toelichting bevat de inlichtingen over de rekeningaflegging. Volgende documenten moeten verplicht worden bijgevoegd: een overzicht van het beheer van de gemeentefinanciën tijdens het boekjaar waarop die rekeningen betrekking hebben en de lijst met de opdrachtnemers van overheidsopdrachten waarvoor de raad de gunningsprocedure en de voorwaarden heeft vastgelegd.

In het kader van de balans vermeld in het tweede lid, 1°, maakt de gemeente de relevante informatie over voorwaardelijke verplichtingen met mogelijk grote gevolgen voor de begroting openbaar, waaronder borgtochten, oninbare leningen en uit de exploitatie van overheidsbedrijven voortvloeiende verplichtingen, en informatie over participaties in kapitaal van particuliere en overheidsbedrijven, voor zover het om economisch significante bedragen gaat."

Art. 55. In titel 4, hoofdstuk 4, afdeling 4, van hetzelfde decreet wordt een artikel 166.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 166.1 - Beginselen van de rekeningaflegging

§ 1 - De rekeningaflegging moet regelmatig, waarheidsgetrouw en volledig zijn en een getrouw beeld geven van:

1° wat de uitvoeringsrekeningen van de begroting betreft: de elementen van de uitvoering van de begroting aan de ontvangstenzijde en aan de uitgavenzijde;

2° wat de jaarrekeningen betreft: de activa, de passiva, de kosten en opbrengsten, de rechten en verplichtingen die niet bij de activa en passiva zijn opgenomen, evenals de kasstromen.

§ 2 - De jaarrekeningen worden naar volgende beginselen opgemaakt:

1° continuïteit van de activiteiten;

2° voorzichtigheid;

3° bestendigheid van de boekhoudmethoden;

4° vergelijkbaarheid van de informatie;

5° relatief belang;

6° niet-compensatie;

7° voorrang van werkelijkheid voor schijn;

8° periodoerekening."

Art. 56. In titel 4, hoofdstuk 4, van hetzelfde decreet wordt een afdeling 5 ingevoegd, die de artikelen 167 tot 167.3 bevat, luidende:

"Afdeling 5 - Controle"

Art. 57. Artikel 167 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 167 - Terugzending van betalingsopdrachten

Vóór de betaling stuurt de rekenplichtige elke betalingsopdracht terug aan het gemeentecollege:

1° wanneer de desbetreffende stukken onvolledig zijn of hun gegevens niet stroken met de bijgevoegde stukken;

2° bij niet-goedgekeurde doorhalingen of toevoegingen;

3° wanneer ze niet gestaafd worden door verantwoordingsstukken of wanneer de verantwoordingsstukken van de leveringen, werken of allerhande prestaties ofwel de noodzakelijke goedkeuringen niet weergeven, ofwel de ontvangst- of certificeringsvisa's die het werkelijk bestaan van de schuldvordering of de gedane en aanvaarde dienstlevering aantonen, niet weergeven;

4° indien de uitgave aangerekend wordt op allocaties die er geen verband mee houden;

5° indien in de begroting of in de besluiten die bijzondere kredieten openen, staat dat de uitgave niet binnen de perken van de goedgekeurde voorlopige kredieten of overeenkomstig artikel 170.5 kan worden betaald;

6° indien de uitgave het beschikbare bedrag van de desbetreffende allocaties van de begroting overschrijdt;

7° indien de uitgave geheel of gedeeltelijk reeds het voorwerp uitmaakte van een vorige betaling;

8° indien de uitgave strijdig is met de wetten, de reglementen of de beslissingen van de gemeenteraad."

Art. 58. In titel 4, hoofdstuk 4, afdeling 5, van hetzelfde decreet wordt een artikel 167.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 167.1 - Aanrekeningen

In geval van ongunstig advies van de financieel directeur zoals bedoeld in artikel 102, § 2, eerste lid, 3^o, of in de gevallen bedoeld in artikel 167, kan het college onder zijn verantwoordelijkheid beslissen dat de uitgave aangerekend en uitgevoerd moet worden. In dat geval wordt de gemotiveerde beraadslaging van het college bij de betalingsopdracht gevoegd en wordt de gemeenteraad daarover onmiddellijk en uiterlijk op zijn eerstvolgende vergadering ingelicht. Het college kan ook beslissen om zijn beslissing op de eerstvolgende gemeenteraadsvergadering ter bekrachtiging voor te leggen aan de gemeenteraad."

Art. 59. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 167.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 167.2 - Interne audit

Voor het toezicht op de uitvoering van de begroting en op de boekhouding van de gemeente in het kader van het intern controlesysteem vermeld in artikel 98, § 4, richt de gemeente een interne auditdienst op die ermee belast is de werking van de uitvoering van de begroting en van de boekhouding van de gemeente evenals van haar systeem van interne controle te controleren. Zij zorgt voor de noodzakelijke onafhankelijkheid van de auditdienst en bepaalt zijn werkwijze. De auditdienst oefent een bewakings- en adviesfunctie uit. Eén auditdienst mag voor meerdere of voor alle gemeenten opereren.

De werkprogramma's, vaststellingen en aanbevelingen van een dergelijke auditdienst, evenals de toegepaste procedures worden opgenomen in een jaarverslag. De auditdienst deelt dat jaarverslag mee aan de ordonnateur; deze stuurt het jaarverslag vervolgens ter informatie door aan de Regering."

Art. 60. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 167.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 167.3 - Rapportering

De rekenplichtige maakt jaarlijks een verslag op over de in artikel 164.6, tweede en vierde lid, bedoelde uitgaven. Dat verslag wordt voorgelegd aan de raad en wordt vervolgens ter informatie doorgestuurd aan de Regering."

Art. 61. In titel 4, hoofdstuk 4, van hetzelfde decreet wordt een afdeling 6 ingevoegd, die de artikelen 168 tot 168.3 bevat, luidende:

"Afdeling 6 - Inning van de vastgestelde vorderingen"

Art. 62. Artikel 168 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 168 - Aanvechting van vastgestelde vorderingen

Wanneer de overeenkomstig artikel 164.10 vastgestelde vorderingen door de schuldenaar worden aangevochten deelt de bevoegde rekenplichtige dit aan de ordonnateur mede. Deze beoordeelt de aanvechting. Ondertussen schorst de rekenplichtige de inning van de vastgestelde vordering.

De aangevochten vorderingen worden door de ordonnateur gedeeltelijk of volledig geannuleerd of bevestigd. Zijn beslissingen worden medegedeeld aan de rekenplichtige die in voorkomend geval de nodige boekingen in de algemene boekhouding en in de begrotingsboekhouding doet.

Art. 63. In titel 4, hoofdstuk 4, afdeling 6, van hetzelfde decreet wordt een artikel 168.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 168.1 - Betalingsfaciliteiten

De rekenplichtige kan onder de door de Regering bepaalde algemene voorwaarden uitstel van betaling of betalingsfaciliteiten aan schuldenaars verlenen die klaarblijkelijk in financiële moeilijkheden zitten."

Art. 64. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 168.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 168.2 - Gerechtelijke weg

Onverminderd de toepassing van artikel 102, § 3, eerste lid, kunnen de vastgestelde vorderingen die op de vervaldag niet zijn betaald, genotuleerd worden door de rekenplichtige en met inachtneming van artikel 196, tweede lid, langs gerechtelijke weg opgeëist worden door de ordonnateur."

Art. 65. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 168.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 168.3 - Niet-inbare vorderingen

§ 1 - Onverminderd de bepalingen van titel 5 worden de vastgestelde vorderingen door de ordonnateur als geheel of gedeeltelijk niet inbaar verklaard wanneer:

1^o ze volgens wettelijke of contractuele bepalingen zijn verjaard;

2^o de geschatte invorderingskosten hoger zijn dan het bedrag van de vastgestelde vordering;

3^o de insolventie van de schuldenaar door gerechtsdeurwaarders of belastingdiensten wordt bevestigd;

4^o ze uitgeschreven zijn op vennootschappen die failliet gegaan of in staat van ontbinding zijn en de curator het oninbare karakter van de vordering bevestigt.

In die gevallen boekt de rekenplichtige een overeenkomstige waardevermindering in de algemene boekhouding en in voorkomend geval in de begrotingsboekhouding.

§ 2 - In afwijking van artikel 164.9 geschiedt de in paragraaf 1 bedoelde verklaring van het oninbare karakter van een vordering door de ordonnateur zelf, zonder mogelijkheid van delegatie aan een gedelegeerde of gesubdelegeerde ordonnateur.

§ 3 - Elke storting die na de verklaring over het oninbare karakter vermeld in paragraaf 1 wordt verricht, wordt in de algemene boekhouding en in de begrotingsboekhouding als onmiddellijke ontvangst geboekt."

Art. 66. In titel 4, hoofdstuk 4, van hetzelfde decreet wordt een afdeling 7 ingevoegd, die de artikelen 169 en 169.1 bevat, luidende:

"Afdeling 7 - Vervreemding van activa"

Art. 67. Artikel 169 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 169 - Vervreemdingen

Onder voorbehoud van andersluidende wettelijke of decretale bepalingen kunnen de roerende en onroerende activa van de gemeenten die niet meer kunnen worden gebruikt, maar een handelswaarde hebben, worden vervreemd."

Art. 68. In titel 4, hoofdstuk 4, afdeling 7, van hetzelfde decreet wordt een artikel 169.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 169.1 - Ageschreven activa

De activa die in de algemene boekhouding volledig afgeschreven zijn en nog worden gebruikt, worden in de inventaris als waardeloos vermeld."

Art. 69. In titel 4, hoofdstuk 4, van hetzelfde decreet wordt een afdeling 8 ingevoegd, die de artikelen 170 tot 170.10 bevat, luidende:

"Afdeling 8 - Bijzondere begrotingsbepalingen"

Art. 70. Artikel 170 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 170 - Begrotingsstructuur

§ 1 - De begroting van een gemeente omvat:

1° het begrotingsbesluit met de ontvangstenbegroting en de algemene uitgavenbegroting;

2° de Algemene Toelichting met de toelichtingen bij de begrotingen van ontvangsten en uitgaven, de administratieve begroting van uitgaven, de lijst van de meerjarige verbintenissen en de lijst van de borgtochten.

§ 2 - Het begrotingsbesluit bevat de bepalingen verbonden aan de ontvangsten en uitgaven voor het begrotingsjaar, met inbegrip van de machtiging voor het college om leningen binnen bepaalde perken en bepalingen aan te gaan.

§ 3 - De ontvangstenbegroting somt de geschatte ontvangsten volgens de oorzaak van hun ontstaan overeenkomstig de economische classificatie op. De geschatte bedragen beperken niet de rechten die moeten worden vastgesteld.

Het enige indelingsniveau van de ontvangstenbegroting is het begrotingsartikel. Elk begrotingsartikel wordt door een beschrijving geïdentificeerd en volgens de economische en de functionele classificatie van een code voorzien.

§ 4 - De uitgavenbegroting somt de vermoedelijk benodigde vastleggings- en ordonnanceringskredieten op.

Het eerste indelingsniveau van de uitgavenbegroting is de organieke afdeling. Deze bevat de kredieten voor alle activiteiten binnen een bepaald beleidsdomein van de gemeente.

Het tweede indelingsniveau van de uitgavenbegroting is het programma. Per organieke afdeling zijn er één of meer bestuurs- en activiteitenprogramma's. De bestuursprogramma's bevatten de personeels-, werkings- en investeringskredieten die voor de vervulling van de taken van een afdeling nodig zijn. De activiteitenprogramma's bevatten de specifieke kredieten voor de verwezenlijking van bepaalde doeleinden van de organieke afdeling.

Het derde indelingsniveau van de uitgavenbegroting is de allocatie. Elke allocatie wordt door een beschrijving geïdentificeerd en volgens de economische en de functionele classificatie van een code voorzien.

De vastleggingskredieten worden per programma uitgetrokken en goedgekeurd. De ordonnanceringskredieten worden per programma uitgetrokken en voor de gehele begroting goedgekeurd.

§ 5 - De Algemene Toelichting bevat de inlichtingen betreffende de begroting. Moeten volstrekt worden bijgevoegd:

1° een overzicht van het algemeen en het financieel beleid van de gemeente, alsook de toestand van het bestuur en van de zaken van de gemeente;

2° de administratieve begroting als derde indelingsniveau van de algemene uitgavenbegroting. Elk programma is onderverdeeld in één of meerdere allocaties met kredieten voor bepaalde activiteiten. Elke allocatie wordt door een nadere beschrijving geïdentificeerd en volgens de economische en de functionele classificatie van een code voorzien;

3° een begrotingskader voor de middellange termijn en een meerjarige begrotingsplanning, met telkens de eventuele aanpassingen en de verantwoording voor elke eventuele afwijking in de begroting ten opzichte van het begrotingskader voor de middellange termijn;

4° een lijst van de meerjarige verbintenissen van de gemeente overeenkomstig artikel 170.1;

5° een lijst van de borgtochten, waarborgen of andere vrijwaringen van de gemeente;

6° een lijst van de schuldvorderingen die overeenkomstig artikel 168.3 niet-inbaar werden verklaard;

7° een gevoeligheidsanalyse met daarin een overzicht van de ontwikkelingen van de belangrijkste begrotingsvariabelen onder verschillende groei-, inflatie- en renteaannames.

Het begrotingskader voor de middellange termijn vermeld in het eerste lid, 3°, dekt de regeerperiode en bestrijkt een periode van minstens drie jaar. Een nieuw college mag het begrotingskader op middellange termijn dat door een vorig college werd bepaald, aanpassen aan zijn nieuwe beleidsprioriteiten. In dat geval geeft het nieuwe college aan in hoeverre dat begrotingskader verschilt van het voorgaande begrotingskader voor de middellange termijn.

§ 6 - De Regering kan een bindend basisschema voor de begrotingsstructuur van de gemeenten vastleggen."

Art. 71. In titel 4, hoofdstuk 4, afdeling 8, van hetzelfde decreet wordt een artikel 170.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 170.1 - Leningen en meerjarige verbintenissen

Bij de begroting moeten de volgende bijlagen worden gevoegd:

1° een lijst van de leningen die de gemeente heeft opgenomen resp. nog moet opnemen;

2° een financieel plan voor de volgende vijf jaar dat door de gemeenteraad wordt aangenomen na advies van de gemeentelijke raad voor begroting en financiën vermeld in artikel 60.1.

De Regering kan nog andere voorschriften voor de leningen en meerjarige verbintenissen bepalen."

Art. 72. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 170.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 170.2 - Opstelling van de begrotingen en begrotingsaanpassingen

Het college maakt het begrotingsontwerp op en bezorgt overeenkomstig artikel 28 uiterlijk zeven dagen voor de vergadering van de raad aan elk raadslid een exemplaar.

De Regering bepaalt de verdere richtlijnen en de werkwijze voor de opstelling van de begrotingen en begrotingsaanpassingen.

De aanpassing van de begroting geschiedt op dezelfde wijze als de opstelling van de begroting, met inachtneming van de begrotingsstructuur bepaald in artikel 170. De verschillende tabellen van de ontvangstenbegroting en van de uitgavenbegroting worden geactualiseerd waarbij een vergelijking tussen de oorspronkelijke en de aangepaste kredieten wordt gemaakt.

De begrotingsaanpassing wordt door de Raad aangenomen en wordt vervolgens - overeenkomstig het decreet van 20 december 2004 houdende organisatie van het gewone administratieve toezicht op de gemeenten van het Duitse taalgebied - door de Regering goedgekeurd."

Art. 73. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 170.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 170.3 - Voorlopige kredieten

Als de begroting van een gemeente niet voor de door de Regering bepaalde datum aangenomen werd, moet de raad een met bijzondere redenen omkleed besluit nemen om terug te grijpen op voorlopige kredieten waarvoor uitvoerbare kredieten op de begroting van het voorafgaande boekjaar waren ingeschreven.

Als de begroting op 1 januari van het boekjaar vastgesteld, maar nog niet goedgekeurd is, kan zonder een specifiek besluit teruggegrepen worden op de voorlopige kredieten van de voorlopige kredieten mogen per afgelopen of begonnen maand niet hoger zijn dan één twaalfde van de begrotingskredieten van het vorige boekjaar."

Art. 74. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 170.4 ingevoegd, luidende:

"Art. 170.4 - Terugbetalingen

§ 1 - Inzake wedden, voorschotten daarop en vergoedingen, toelagen of uitkeringen, die een toebehoren van de wedden vormen of ermee gelijkstaan, zijn de door de gemeenten, autonome gemeentebedrijven en de uitsluitend uit gemeenten van het Duitse taalgebied bestaande intercommunales ten onrechte uitbetaalde sommen voorgoed vervallen aan hen die ze hebben ontvangen, als de terugbetaling daarvan niet is gevraagd binnen een termijn van hoogstens vijf jaar te rekenen vanaf de eerste januari van het jaar van de betaling.

§ 2 - Om geldig te zijn, moet de vordering tot terugbetaling aangetekend ter kennis gebracht worden van de schuldenaar en de volgende gegevens bevatten:

1° het totale bedrag van de teruggevorderde sommen met, per jaar, de opgave van de ten onrechte uitgevoerde betalingen;

2° de bepalingen in strijd waarmee de betalingen zijn gedaan.

Te rekenen vanaf de afgifte van de aangetekende kennisgeving kan het onverschuldigde bedrag teruggevorderd worden binnen de in het algemeen recht gestelde termijn voor de verjaring van persoonlijke rechtsvorderingen.

§ 3 - De in paragraaf 1 vastgestelde termijn wordt verlengd tot tien jaar wanneer de onverschuldigde sommen zijn verkregen door bedrieglijke handelingen of door valse of bewust onvolledige verklaringen."

Art. 75. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 170.5 ingevoegd, luidende:

"Art. 170.5 - Dringende uitgaven

De raad kan voorzien in uitgaven die door dwingende en onvoorziene omstandigheden worden vereist.

Wanneer het geringste uitstel onbetwistbaar schade zou veroorzaken, kan het college onder eigen verantwoordelijkheid in de uitgave voorzien, op voorwaarde dat de raad, die besluit of hij al dan niet met die uitgave instemt, onmiddellijk en uiterlijk op de eerstvolgende vergadering daarvan in kennis wordt gesteld.

De leden van het college die bevolen zouden hebben tot de uitgaven die ter uitvoering van het eerste en het tweede lid zijn betaald, maar die van de eindrekeningen verworpen zijn, zijn persoonlijk verplicht het desbetreffende bedrag in de gemeentekas te storten."

Art. 76. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 170.6 ingevoegd, luidende:

"Art. 170.6 - Bekendmaking van de begroting en van de rekeningen

De begrotingen en de rekeningen worden op het gemeentehuis neergelegd en kunnen door iedereen ter plaatse worden ingezien.

Op die inzagemogelijkheid wordt op zijn minst attent gemaakt door aanplakking - op benaarstiging van het college - aan het gemeentehuis, binnen een maand na de goedkeuring van de begrotingen en rekeningen. De bekendmaking blijft gedurende minstens tien dagen aangeplakt.

Onmiddellijk na goedkeuring door de Regering publiceren de gemeenten een samenvatting van de begroting en van de rekeningaflegging op hun website, in een door de Regering vastgelegd formaat."

Art. 77. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 170.7 ingevoegd, luidende:

"Art. 170.7 - Hervreiding van de allocaties

Tijdens het begrotingsjaar kan het college de kredieten over de allocaties van de uitgavenbegroting herverdelen. Bij elke herverdeling worden de kredietverhogingen volledig door kredietverminderingen gecompenseerd.

Alleen binnen de organisatieafdeling voor de infrastructuuruitgaven kunnen de vastleggingskredieten over alle basisallocaties van die organisatieafdeling herverdeeld worden.

Bij de vastleggingskredieten kunnen de kredieten van een programma over de allocaties van het programma worden herverdeeld. Indien de uitgavenbegroting enkel één indelingsniveau bevat, kunnen de vastleggingskredieten niet worden herverdeeld.

Bij de ordonnanceringskredieten kunnen de kredieten over de allocaties van de begroting worden herverdeeld.

Als het college de begrotingskredieten herverdeelt over de allocaties van de uitgavenbegroting, stelt het college de raad in de volgende vergadering, alsook de Regering daarvan in kennis."